

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäft: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffoni: Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Urstadt und Dresden-Alstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierjährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 2,- M.
Telegrams-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsexpl. 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsexpl. 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gezählte Körpareilezeile 8,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die 3 gezählte Reklamezeile 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Ausnahme an vorgezeichneten Tagen. Für Preisniederlegung 2 M.

Nr. 166

Dresden, Mittwoch den 19. Juli 1922

33. Jahrg.

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft

An unsre Mitglieder!

Zum Schutze der Republik hatten wir euch aufgerufen, als der Meuchelmord an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr entblöste. Vereint seit ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen eure Kampfentschlossenheit gezeigt.

Die Einheitsfront

der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist zur großen und weltweit wirkenden Tatsache geworden. Sie muss dauern, geschlossen und stärker werden bis zur unauflösbareren Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats! Von diesem Geiste der Solidarität, von diesem Willen zur Einigung erfüllt, haben eure Organisationen gemeinsam gearbeitet und vereint werden sie den Kampf fortzuführen.

Die erste Phase dieses Kampfes ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutze der Republik haben Regierung und Reichstag beschäftigt. Vier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besitzt in dem Industriestaat Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit, und stark war ihr Streben gegen durchgreifendere Maßnahmen. Nur der Geschlossenheit eures Auftretens sind Erfolge zu verdanken und Wichtiges ist trotz allem erzielt worden.

Das Gesetz zum Schutze der Republik

befasst die Zugehörigkeit zu geheimen Verbänden mit dem Tode; schwere Strafe trifft Gewalttäter gegen die Republik und mehr dem gehässigen Kampfe gegen ihre Einrichtungen und Symbole.

Ein Staatsgerichtshof

Ist gebildet, in dem keine Monarchisten und Nationalisten sitzen. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Vorurteile rechtsprechend handelt.

Das Gesetz über die Reichskriminalpolizei

bedeutet den Anfang einer Reichs-Gesetzgebung und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen un-

abhängig von dem mangelnden Eifer oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden.

Das Beamtengegesetz

gestaltet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Vertretung der Beamten der deutschen Republik.

Das Amnestiegesetz

gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Klingen des Strafgesetzbuchs verfangen haben oder Opfer der Klassenfeindschaft geworden sind, die Freiheit zurück.

Freilich, unsre Forderungen sind nicht restlos erfüllt. Schnierig bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Papieren der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bürgerliche Regierung verneigt ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Strahlerterror. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag sind vor der bürgerlichen Regierung schmählich zurückgewichen. Auch die verurteilten Eisenbahner sind von der gesetzlichen Amnestierung ausgeschlossen. Eine Entschließung des Reichstags und eine Erklärung der Regierung sichert ihnen weitgehende Milde zu. Was an uns liegt, wird geschehen, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen.

Trotz allen Mängeln im einzelnen bedeuten

die Gesetze in ihrer Gesamtheit

eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande. Die Republik kann jetzt wirklich geschielt, ihre Gegner können lähmgelegt werden, wenn die Regierung Nut, Energie, Entschlossenheit und Fähigkeit beweist. Die Gesetze sind da, jetzt kommt alles auf die Ausführung an.

Deshalb hatten sich

die sozialdemokratischen Parteien

bereit erklärt, die Sicherheit der Durchführung der Gesetze gegen die monarchistische Verschwörung zu steigern. Sie waren bereit, einer Regierung der entschiedenen Verteidigung der Republik eine feste republikanische Mehrheit zu sichern und zugleich den

sozialistischen Einfluß in der Regierung zu stärken. Nachdem die Gesetzgebung ihre Aufgabe zum Teil erfüllt hat, sollte eine starke entschiedene republikanische Regierung ihre Pflicht erfüllen. Dagegen erhoben sich in

jährem Widerstand alle bürgerlichen Parteien.

Sie fürchteten den erstaunlichen Einfluß der zusammengekommenen vereint kämpfenden Arbeiterklasse. Sie stellten der Erweiterung der Regierung durch Eintritt der Unabhängigen die Fortsetzung der gleichzeitigen Aufnahme der Volkspartei entgegen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Parteien war, wie sie sein muhte, größere Geschlossenheit.

Gründung der Arbeitsgemeinschaft

der sozialdemokratischen Fraktionen. Über der Widerstand der bürgerlichen Parteien blieb bestehen, die Frage der Auflösung des Reichstags stand damit zur Entscheidung.

Erst und eingehend, unsrer Verantwortung voll bewußt, haben wir die Frage geprüft. Auflösung des Reichstags bedeutete Verzögerung der Gesetze zum Schutze der Republik. Uns stand ihre Verabschiedung höher.

Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Verschärfung der dringendsten Lösungen der Reparationsfrage, sie hätte die wirtschaftliche Lage in Folge der politischen Unruhe verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissiegerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb haben wir dieses Mittel nicht angewandt.

Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort! Für ihn zu rüsten, ist jetzt wichtigste Aufgabe, ernsthafte Pflicht.

Was wir erreicht haben, danken wir unsrer Geschlossenheit, unsrer Einigkeit. Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfboden für die Durchsetzung des Sozialismus.

Das Werk der Einigung ist begonnen. Es muß vollendet werden!

Berlin, den 19. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner Deutscher Angestelltenbund.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die deutschnationalen Mörderfreunde

Die Rathenau-Mörder haben sich auf der Burg Saaleck durch Selbstmord das Leben genommen; sie waren zu feige, ihre Tat vor Gericht zu verantworten und sich dazu zu bekennt.

Zur Vorgeichte der Ermittlung des Aufenthaltsortes erfuhren wir noch folgendes: Stern und Fischer hielten sich seit Ende der vergangenen Woche in der Burg Saaleck auf, die von einem Schriftsteller Dr. Stein gemietet war. Stein hat den einen Turm der Ruine erst vor kurzer Zeit als Wohnung eingerichtet lassen. Es besteht der dringende Verdacht, daß diese Einrichtung lediglich zur Unterbringung von Mörfern und sonstiger politisch Verfolgter vorgenommen wurde. Der Mörder selbst ist Parteisekretär der Deutschnationalen Partei und Vertrauensmann einer bösnauer Studentengruppe, die auf Saaleck alljährlich ihre Zusammenkünfte abhält.

Stein nebst Frau wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Naumburg am Dienstag vormittag 9 Uhr, als sie nach zweitägiger Abwesenheit zurückkehrten, verhaftet und nach dem Gefängnis in Halle übergeführt. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Stein seine Abwesenheit zu einer Reise nach München venutzt, um dort weitere Verbindungen zum Abtransport der Täter aus dem mitteldeutschen Gebiet nach dem Süden zu treffen. Beide verdeckte Personen, die ebenfalls rechtsextreme Organisationen angehören, und sich in der Nähe der Burg Saaleck während der Aktion der Kriminalpolizei befanden, sind inzwischen verhaftet worden.

Über die Verhaftung des Aufenthaltsortes der Mörder übt die Staatsanwaltschaft bisher strengstes Still-schweigen, da die Polizei im Laufe der Nacht bzw. des Mittwoch noch weitere Verhaftungen von Mitwissern vornehmen wird, soweit sich während der Verhaftung neue Anhaltspunkte für eine Mitwisserschaft ergeben haben.

Stern und Fischer hatten feinerlei Papiere in ihrem Besitz. Gefunden wurden bei ihnen 3000 M., die beschlagnahmt werden und, ihren Tod führen sie durch einen Schuß in die Schläfe herbei. Wie uns mitgeteilt wird, trug

die Leiche des Stern Merkmale von Schrotshüssen, die darauf schließen lassen, daß er von Polizeibeamten während der Flucht beschossen wurde.

Die Leichen der Mörder wurden am Dienstag nachmittag auf einem Friedhof in der Nähe der Burg Saaleck übergeführt. Die Beerdigung kann erst nach weiteren Verhandlungen der Staatsanwaltschaft erfolgen.

Es ist sicher ebensoviel ein Zufall, daß der Besitzer der Burg Saaleck, die zum Rittergut Altenpisch gehört, jener Herr von Schönberg ist, bei dem schon im vorigen Jahre erhebliche Waffenfund gemacht werden konnten.

Die Ermittlungen der Berliner Polizei erstrecken sich jetzt darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung ihres Hofs sind. Es wird feststellen, welche Helfer-Schlosser die Flucht Fischers und Sterns in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Stern weist in beiden Oberarmeln halbverhüllt, etwa 8 Tage alte Wunden von Schrotshüssen auf. Diejenigen, die in den 8 bis 10 Tagen mit Schrot auf verdeckte Personen geschossen haben, werden gebeten, dem Berliner Polizeipräsidium, Abteilung Ia Mitterlung zu machen.

Die Hilfe aus München

Das B. L. schreibt: Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären sie wieder entschlüpft, denn sie hatten bereits durch das Telefon Flüchtung mit München genommen. Von dort waren mehrere Helfer mit Geldmitteln und fälschen Pässen nach der Burg Saaleck unterwegs. Die Helfer sollten Stern und Fischer auch andere Kleidung bringen und sodann beide, aber getrennt, über die tschecho-slowakische Grenze geleiten.

Wie die Mörder entdeckt wurden

Aus Halle wird gemeldet: Am Sonnabend erschienen bei dem Kriminalinspektor Heidrich, dem Leiter der Kriminalabteilung Halle, zwei junge Kaufleute, die bei einer Tour zur Rudelsburg die beiden Rathenau-Mörder, die sich auf Spaziergang gesetzt haben.

Wahrscheinlich haben sich die beiden Kaufleute das Signalement so gut eingespielt, daß sie die beiden Mörder auf den ersten Blick erkannten. Bei der Kriminalpolizei Halle liegen in den letzten Tagen zahlreiche Meldungen über verdächtige Rabenhauer ein, aber allen diesen Spuren wurde nicht nachgegangen, weil sie zu unwahrscheinlich waren, während die Beobachtungen der Kaufleute so sicher gehalten waren, daß Kriminalinspektor Holders sich entschloß, einzutreten.

Am Sonntag konnte die Aktion nicht unternommen werden, da der starke Fußgängerandrang nach den beiden Tagen des Saaleckfestes die Kriminalpolizei Halle gefüllt hätte. Darauf rief am Sonntag Inspektor Holders den Landrat von Schlede in Naumburg an, daß er am Montag Morgen am ersten Zug von Halle in Bad Kösen einen Landjäger warten lasse, der die beiden Halleischen Kriminalbeamten nach Saaleck führen solle. Die Beamten trafen mit dem ersten Zug in Bad Kösen ein. Sie beobachteten von der Rudelsburg aus den Saaleckturm und stellten fest, daß es bemohnt sei. Darauf riefen die Beamten von der Rudelsburg aus die Kriminalpolizei Naumburg an, die sofort ein Auto mit Beamten und auch ein Postauto mit weiteren Mannschaften nach Saaleck fahren sollte. Die Beamten waren vorher in den Turm Saaleck eingedrungen, aber die Tür war verschlossen. Als das Schutzpolizeikommando eingetroffen war, konnte mit allen Sicherheitsmaßnahmen zur Verhaftung geschritten werden. Rudelsburg und Saaleck waren umzingelt, ein Ausweg unmöglich. Mit einem Aufschlag von Schutzpolizisten drangen die zwei Halleischen Beamten in den Turm ein.

Nach den Beobachtungen müssen die beiden sich kurz vor dem Eindringen der Beamten erschossen haben, denn die Leichen waren noch warm. Der ganze Vorgang spielte sich in den Minuten zwischen 7 und 8 Uhr ab.

Was Lubendorff den Engländern erzählt!

Die kommunistischen Rathenau-Mörder

Vor einigen Tagen veröffentlichte ein Berliner Spätabendblatt Mitteilungen über den Inhalt eines Interviews des Berliner Korrespondenten des Londoner Daily Express mit Lubendorff. Das Interview bezog sich auf die politische Irreversibilität des Rathenau-Mordes, und die Aussagen Lubendorffs flammten so merkwürdig, daß wir zunächst die Möglichkeit einer Gründlichkeit sehr kritisch sahen.

führenden Wiedergabe in Vertragszügen und unsre Stellungnahme bis zum Eintreffen des Londoner Blattes vertragten. Der Daily Express vom 18. Juli liegt uns jetzt vor, und wir müssen mit Verzunderung und Sorgfalt feststellen, daß die — schriftlichen — Zuschriften des Generals (falls sie der Korrespondenz nicht völlig stimmt) ins Englische übersetzt hat) genau so absurd sind, wie sie in jenen ersten Medien wiedergegeben wurden.

Der Daily Express rückt ihre Aburteilung von vornherein ins helle Licht, indem er dem Interview die Überschrift gibt: „Kommunisten die wirklichen Mörder“. Hat das Herr Lubendorff behauptet? Er hat es wirklich behauptet. Er sagte einfach und prägnant: Die Erklärung der Ermordung Dr. Rathenaus liegt in der Tatsache, daß die Ermordung deutscher Minister vor mehr als einem Jahre von kommunistischen Organisationen beschlossen worden ist. In ernsthaften politischen Kreisen gibt es keine Mörderorganisationen.

Die Organisation C ist offenbar eine kommunistische Gründung, die mit Geldmitteln kommunistischer Kapitalisten finanziert wird, die Herren Schulte und Zillen sind nur irrtümlich nach Österreich geflüchtet, während sie eigentlich nach Österreich geflüchtet waren, während sie Teichow und Günther sicher nicht, wie man bisher annahm, rechtsextremistischen Soldaten- und Jugendverbänden nahe, sondern dem Kreis von Max Högl. Die amtliche und halbamtliche Kriegserichterstattung war selbst in ihren schämmsten Seiten ein Muster von Aufrichtigkeit und Wahrheitlichkeit im Vergleich mit dieser Art Lubendorffscher Verichterstattung.

Das Wiesbadener Abkommen

Berlin, 18. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 6. Oktober 1921 und das Kuppel- und Güter-Abkommen vom 15. März und 3. Juni 1922 werden nach einem Übereinkommen der französischen und der deutschen Regierung am 20. Juli in Kraft gesetzt werden. Vom 20. Juli an gilt deshalb für Reparationsleistungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebäude bestimmt sind, der zweite Bericht nach Maßgabe des Einheits-Vertrages-Abkommen vom 3. Juli. Ausgezogene vom freien Bericht sind gewiss, in einer besonderen Liste zusammengefasste Waren, für die das Verschulden des Wiesbadener Abkommen gelten wird. Mit der Durchführung des letzteren wurde der Reichskommissar für Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt. Zur Ausführung des freien Berichts mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Befehle ausgearbeitet, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Ausklang

Drei Wochen nach dem Begräbnis Walter Rathenaus, am 18. Juli, beschloß der Reichstag mit der notwendigen Verfassungsmäßigen Mehrheit die Gesetze zum Schutz der Republik. Gelernt in seiner Beratung einzutreten, kam die Nachricht, doch sich die beiden Mörder, Fischer und Kern, auf der Flucht entzündlich gestellt, der gerichtlichen Söhne durch Selbstmord entzogen hatten. Der Dritte im Bunde, der junge Teichow, sitzt im Gefängnis und harrt der Urteilsfassung. Eine große Anzahl weiterer Personen aus sogenannten politischen Kreisen, die an der Vorbereitung des Komplotts beteiligt waren, befindet sich gleichfalls in Haft. Die Fäden der Verschwörung sind aufgedeckt. Und damit ist auch das Rätsel gelöst, wie es so vielen Morden aus rechtsextremistischen Kreisen bisher gelungen war, sich in Sicherheit zu bringen. Über das ganze Deutsche Reich erstreckten sich die sicheren Verbindungen dieser Mordgesellen. Überall gab es Wohnungen von Freunden, Hützhöfe, Fabrikantenvillen, in denen sie Zuflucht fanden. Geld, Waffen, Autos, falsche Pässe, all das stand im Überfluß bereit. Eine Sicherheit dafür, daß keine Attentate mehr vorkommen werden, ist nicht vorhanden, aber das drückende Gefühl, daß alle solche Bluttaten ungestraft bleiben, ist vor der Bevölkerung genommen. Es gibt in Deutschland Behörden, die ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, und gerade zur Aufdeckung des an Rathenaus begangenen Mordes ist ein Maß von Pflichttreue aufgewendet worden, das sollte Anerkennung verdient. Damit ist zweifellos etwas Erhebliches zur Entspannung der politischen Lage beigetragen.

Die Gesetze zum Schutz der Republik gegen die Mörderorganisationen, gegen Geheimverschwörungen, gegen Schindung und Verdächtlichmachung der republikanischen Staatsordnung, das neue Disziplinarrecht für Beamte, das Reichskriminalhöchstgesetz sind angenommen. Gleichfalls angenommen ist ein Amnestiegesetz, das vielen Arbeitern, die als Opfer kommunistischer Irreführung in den Gefangenenschwärmen, ihre Freiheit wiedererlangt. Man kann also ehrlicherweise nicht sagen, daß aus der Ermordung Rathenaus keine Lehren gezogen worden sind und daß alles beim alten bleibt.

Auf der andern Seite ist ohne weiteres zu zugeben, daß das Erechte hinter unsern Wünschen zurückbleibt. In den Schutzgesetzen wäre an manchen Stellen ein schärferes Aufpassen nötig gewesen. Im Amnestiegesetz bestimmen wir die Befreiung der politischen Gefangenen in Sobern. Vor allem aber bleibt uns bei ehrlicher Selbstkritik unserer Arbeit und unserer Erfolge ein drückender Punkt: Es ist zunächst noch nicht gelungen, die von uns dringend geforderte Erweiterung der Regierung nach links, den Eintritt der Unabhängigen in sie, durchzuführen. Die Sozialistische der bürgerlichen Koalitionsparteien hat über die politischen Erwerbungen der Sozialdemokratischen Partei diesmal noch gesagt. Durch kleinliche und klägliche taktische Querüppen ist es gelungen, den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zunächst noch zu verhindern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war sich dessen bewußt, daß nicht ohne ihr Verschulden die benachbarte Fraktion der Unabhängigen in eine mißliche Lage gebracht war und daß sie ihr dafür Genugtuung schuldet. Hätten die Unabhängigen gewußt, daß der einflandene Streit durch eine Reichstagsauflösung geschlichtet werde, dann hätten die Sozialdemokraten ohne weiteres Solidarität geübt und mit den Unabhängigen zusammen die Auflösung des Reichstages erzwungen. So lag die letzte Entscheidung bei den Unabhängigen. Diese erwiesen abermals klare politische Einsicht und starke Verantwortungsgefühl, indem sie sich dahin entschlossen, daß wegen einiger immer noch vorhandenen Mängel der Schutzgesetze und wegen der Belagerung der bürgerlichen Koalitionsparteien sie in die Regierung aufzunehmen, ein das ganze Deutsche Reich schützendes Wahlkampf nicht eröffnen werden dürfe. Das Verhalten der Unabhängigen in den letzten Monaten, besonders aber seit der Ermordung

Rathenaus hat gezeigt, wie flüssig die Grenzen zwischen ihnen und uns geworden sind. Das ist unendlich mehr wert als alles, was dieser oder jener an den politischen Erfolgen der letzten Kämpfe mit Recht oder Unrecht vermissen mag.

Frauen- und Kinderhandel

Deutschland im Völkerbund

London, 18. Juli. Der Völkerbundrat, der gestern in London aufsummiert, nahm unter dem Vorläufe des spanischen Botschafters in Paris Quinas die 2. und seine Beschlüsse auf. Der Bericht des Ausschusses für die Unterbildung des Frauen- und Kinderhandels wurde mit allen Empfehlungen des Ausschusses angenommen. Es wurde beschlossen, die Regierungen Deutschlands und Amerikas aufzufordern, Delegierte in den beratenden Ausschuss zu entsenden. Brittanien fragte, aus welchem Grunde der Vorschlag der Beteiligung des deutschen Vertreters gemacht worden sei. Der Vertreter des beratenden Ausschusses legte dar, daß viele Frauen von deutschen und holländischen Häusern kommen und daß Holland deshalb die Zustellung des deutschen Vertreters vorgeschlagen habe. Die Verhandlungen waren größtenteils nicht öffentlich.

Die Reaktion in der Reichspost

Die Reichspost sabotiert die Verfolgung der Rathenaus-Mörder!

Als der Fabrikant Küchenmeister in Greifberg i. El. der Eigentümer des Wordautomobils, verhaftet werden sollte, war er definitiv nach Tirol geflohen. Wie sich herausstellte, hatte man ihn telefonisch von Berlin aus gewarnt. Die Berliner Kriminalpolizei wandte sich, um dem Warter auf die Spur zu kommen, an das geständige Fernsprechamt mit der Bitte um Mitteilung der Anschlußnummern von der aus das Gespräch mit Küchenmeister geführt worden ist. Dieser beruhmte Mensch wird es für selbstverständliche gehalten haben, wenn in diesem Fall anstandslos die Auskunft erteilt worden wäre, jedoch die Post oder vielmehr die Herren höheren Beamten, in deren Händen die Leitung der Post liegt, haben an der Ergreifung der Mörder Rathenaus überhaupt kein Interesse, und so verweigerten sie die gewünschte Auskunft und wiesen die Polizei an die Oberpostdirektion. Daß diese mehr Verständnis für Erfordernisse des Tages und den Schutz der Republik haben würde, war nach ihrer ganzen bisherigen Einstellung von vornherein nicht anzunehmen. Selbstverständlich lehnte sie es ab, das Fernsprechamt zur Auskunftsleistung zu veranlassen. Ohne auf die dringenden Vorstellungen der Polizei irgendwie zu reagieren, verlangte sie zuerst eine den Bestimmungen entsprechende Beschlagnahmeverfügung des Richters oder des Staatsanwalts. Mit einer nachträglichen Bedringung der Verfügung erklärte sie sich nicht einverstanden. Als die Verfügung endlich herbeigeführt war, wurde sie „im Wege des Schriftscheids“ an das Fernsprechamt zur „Befügung“ des begegnenden Geschäftszettels geleitet. Diese Zettel waren aber inzwischen der Rechnungsstelle überwandert worden, so daß das Sirenen, selbstverständlich immer mit der bekannten posthalben Geschwindigkeit, dorthin nachgebracht werden mußte. Natürlich gingen dadurch kostbare Tage verloren und der Fingerzeig, der sonst für die Enthüllung und Abschöpfung der Mörderorganisation von unendlichem Wert gewesen wäre, wurde wertlos. Es soll ja schon vorgekommen sein, daß in den kriegerlich-republikanischen Behörden für bestimmte Fälle Schriftstücke und Belege rechtszeitig verlorengehen.

Gegeben, daß die Postbehörde formell im Recht gewesen ist, wird dies Verhalten im Volk nicht verstanden werden. Wir kennen ähnlich liegende aber weit weniger wichtige Fälle, in denen die Post solche formale Verfahren ohne Jögern ausübt und wissen, daß deutlich nationale Beamte und Beamten sich bei der Verfolgung der Kommunisten seinerzeit vor Uebereifer fast überschlugen. Es kann gar keinem

Zweifel unterliegen, daß die beteiligten höheren Beamten als „verfolgungsfähige Republikaner“ es hier auf eine glatte Sabotage der Verfolgung der Mörder Rathenaus abgesehen hatten. Wozu trägt man sonst auch Hafenfreunde demonstrativ in den Diensträumen der Hafenredaktion spazieren? Offenkundig aber wird der fast unglaubliche Vorgang nur, wenn man sich die Leitung der Postverwaltung und ihre Personalpolitik anschaut.

Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik gibt der Regierung das Recht, Leiter von Reichsbehörden und ihre Stellvertreter zur Festigung der republikanischen Staatsform jederzeit aus dem Amt zu entfernen. Wir erwarten, daß die Regierung auch innerhalb der Postverwaltung, zu deren Aufgaben der Schutz der Republik ebenfalls gehört, ausgiebigen Gebrauch machen und in Berlin beginnen wird.

Kaehne verhaftet

Unter dem Verdacht des Totschlags

Der Schlossbesitzer Karl von Kaehne ist auf seinem Schloß Bergow am Schwielowsee auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Aussage des 21 Jahre alten Bauhandwerkers Kurt Nehfeldt aus Glinnow, die den Herrn von Kaehne beschuldigt, im Mai 1921 Reichsfeinds Freiburg Otto Larpe beim Eiersuchen ertrapt und niedergeschossen zu haben.

Gestern vormittag stand im Beisein von Vertretern der Staatsanwaltschaft, der Berliner Kriminalpolizei, des Obstzüchters Larse, des Geugen Nehfeldt und des verdächtigen Karl von Kaehne ein Lokaltermin statt. Die Aussagen des Nehfeldt wurden hier an Ort und Stelle mit besonderer Sorgfalt nachgeprüft. Als sich zahlreiche Widersprüche in den Angaben des Herrn von Kaehne bemerkbar machten, wurde er zunächst nach Hause entlassen, gestern abend jedoch von Beamten der Potsdamer Kriminalpolizei aus seinem Schloß abgeholt, und als Verhafteter in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Am Nachmittag war ihm bereits offiziell die Mittellung zugestanden, daß gegen ihn die Voruntersuchung wegen Totschlags eingeleitet worden wäre.

Die Präsidentenwahl

Reichspräsident Ebert hat bereits mehrfach den Reichstag erucht, zuletzt von Freudenstadt aus, die Neuwahl des Reichspräsidenten bald einzuleiten. Nachdem nunmehr der deutschstädtische Teil Oberschlesiens abgesegnet und geräumt ist, hat der Reichspräsident abermals den Reichstag erneut dringend um Abberatung der Wahl durch den Reichstag erucht. Analog dazu fand eine Besprechung des Reichstags mit den Vertretern statt. Einmütig wurde von den Vertretern sämtlicher Parteien die Auffassung vertreten, daß es nicht zweitmöglich sei, den Wahlgang noch vor dem Ausklangbergs des Reichstages festzulegen, doch bezogen die Beschlussfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Weiterzusammentreffen im Oktober vorgenommen werden soll. Dementsprechend ist angenommen, daß die Wahl wahrscheinlich im November oder Januar erfolgen.

Neue Waffenfunde

Wie das Berliner Tageblatt aus Mecklenburg, wurden in Bischofsbrück, Kreis Güstrow, von der Kriminalpolizei Waffenbestände beschlagnahmt, die von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens versteckt gehalten worden waren. Die Waffen, 3 Maschinengewehre, 1 Minenwerfer, 4 Karabiner, 6 Maschinengewehre, 1 Infanteriegemehe und etwa 10000 Schuß Munition, waren teilweise im Kirchturm des Ortes verstaut, teilweise im Walde vergraben. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden mehrere Angehörige des Ordens verhaftet.

Auch international

Wie wenig berechtigt gerade die Deutschnationalen sind, sich „deutsch“ und „national“ zu nennen, das ersieht man nie klarer, als wenn man diese Gesellschaft mit den Nationalisten in andern Ländern vergleicht. Es ist überall der gleiche Aufzug, nur etwas anders gefärbt.

Überall das gleiche Bild. Überall auch die gleichen üblen Folgen für das betreffende Volk, das diesen üblen Aufzug verbauen soll. In ihrem Denken, in ihren Aktionen, in ihrem Handeln, in Deutschland, in Frankreich, in Ungarn, im zaristischen Russland — stets spiegelt sich die gleiche schäfe Gefügung, Heuchelei und Niedertracht wider, die vor nichts, weder vor Gewalttat noch vor Krieg, zurückgeschreckt.

„Meine Herren, Sie rufen Tag für Tag Ihre Anhänger auf, mich zu ermorden. Sie hämmern Ihren Verstand den Gedanken in Sie, daß meine Mörder eine patriotische Pflicht erfüllen. Iches ihrer Worte, jeder ihrer Zeitungsartikel blamet nur diesem einen Ziel, mich durch Menschenfeind vom Scheuplatz zu entfernen!“

So rief Jaurès wenige Wochen vor seiner Ermordung den Nationalisten in der französischen Kammer zu.

Dieselben Worte hätte auch ein Rathenaus, könnte heute noch Scheidemann oder Bürklin den deutschen Nationalisten gurzen. In der Tat besteht nicht der geringste Unterschied zwischen den Nationalunten rechts und links des Rheins. Die Ermordung Rathenaus ist das getreue Gegenstück zu der Erschießung Jaurès. Beide Männer wurden bestimmt, weil sie den Kriegshelden und Chouhinen im Wege waren. Der eine durch seine Friedensliebe, der andre durch seine Erfüllungspolitik. Und wie bisher alle Mörder und Attentäter gegen die deutsche Republik und ihre Führer freigesprochen oder mit lächerlich geringen Strafen bestraft wurden, so wurde auch der Mörder Jaurès freigesprochen, und seine Hintermänner blieben genau so unbelastigt, wie die Ludendorff und Helfferich, bisher von jedem Zugriff unserer wundersamen Justiz verschont blieben.

Mit der gleichen Treuherzigkeit versichern Poincaré und Wilhelm Hohenlohe noch wie vor, daß sie unbeschuldigt sind am Aufruhr des Weltkrieges. Dabei äußerte sich Clemenceau bereits 1912, als Poincaré sein erstes Ministerium übernahm: „Poincaré, das bedeutet den Krieg“ (Poincaré — c'est la guerre!) Und Gallienq schildert in seinem Buch „Meine Gefangenenschaft“, wie im Mai 1914 Louis, der führende französische General in

Petersburg, ihn bat, die bevorstehende Meute Poincarés zum Szenenplatz zu verhindern, und ihn vor dem Unheil warnte, das ein Besuch Poincarés in Russland zur Folge haben würde. Alle Fälschungen des französischen Gelbbuches, alle Ablehnungen Poincarés, daß die ihn belastenden Dokumente überhaupt nicht existierten, können seine Kriegsschuld nicht ausschließen. Wenn einmal wie alle Versprechungen Wilhelms nicht seine Leistungsfähigkeit und seinen verhängnisvollen Anteil an der Entstehung des Weltkrieges aus der Welt schafft. Und wenn Clemenceau 1904 sagt: „Es ist Zeit, daß der Krieg kommt, um in Frankreich den erstorbenen Sinn für das Ideal wieder zu erwecken“, so könnte das auch — mit den gleichen Worten, nur auf Deutschland abgedeutet — Nebenwohl oder ein anderer in der Deutschen Tageszeitung geschrieben haben.

Hüben und drübien wird heute wie je alles, was aus dem Mund des Gegners kommt, schäfzig als erfunden und erlogen bezzeichnet. Ausgenommen dann, wenn man die „feindlichen“ Neuerungen für seine eigene Parteidagogik gebrauchen kann. Dann werpen die Elgen auf einmal lautere Wahrheit.

Als bei den letzten heftigen Debatten in der französischen Deputiertenkammer der Kommunist Baillant rief: „Ich rufe mich auf die Auszeichnungen des französischen Botschafters in Petersburg“, erwiderte Lehr geringer als der frühere Ministerpräsident Ribbeck: „Aber ich, ich rufe mich auf das Wort des Herrn von Jagow im deutschen Reichsbuch.“

Genau so fügte sich Hindenburg auf das Gesetz eines — englischen Generals, als er die Auseinandersetzung gegen das deutsche Volk schleuderte. Der französische General de Guignac schrieb vor kurzem im „Journal des Débats“:

„Die Deutschen bewahren ihre moralische Kraft vier Jahre und erhalten bis zum Schluß ihren Soldaten den Glauben an den Sieg. Es war das Material, es war die Natur und die Mutterland, die zuerst schufen, und die den Verfall der moralischen Kraft und den Zusammenbruch der deutschen Armee nach sich zogen.“

Vielleicht gilt Hindenburg auch einmal diese Stimme und reiniigt damit das deutsche Volk von der Verleumdung, seine Pflicht nicht bis zum letzten Augenblick getan zu haben, und das selbst von der Schulb, die er auf sich lud, als er diese Verleumdung gegen sein eigenes Volk erhob.

en Be-
bier auf
nthalten aus
lenfreunde
unter spa-
borgang und ihre
en Schüle-
republi-
nterfern.
der Post-
polis eben-
erlin be-

Hungerstreit der Sozialrevolutionäre

Als Protest gegen den Beschluss des Gerichtshofs, der den Angeklagten der ersten Gruppe zusammenfünft mit bewährten verbot, traten die Angeklagten am 11. Juli in einen Hungerstreit, der schon den dritten Tag dauert. In der Sitzung am 7. Juli erklärte **K. M. Seiffert** auf die Frage, ob die Sozialrevolutionäre noch jetzt die Idee des gewaltlosen Sturzes der Sovjetregierung vertreten: auf den Beinen der 15 Millionen vor Hunger Sterbenden, auf den Beinen des verschlissenen Proletariats, führen die sozialrevolutionären keinen Kampf mit den Waffen. Die Bolschewiken sind schon gestürzt und sie werden die Staatswalt vor dem Druck von unten abtreten müssen.

Gegen Moskauer Todesurteile

An die Regierung der russischen Sowjetrepublik ist gestern folgendes Telegramm abgegangen worden:

Gegen alle zudeutliche erheben wie aus menschlichen politischen und sozialistischen Gründen schärfsten Protest. Wir verlangen Schutz für das Leben der angeklagten Sozialistenrevolutionäre.

Reichsjustizkammer der C.P.D. und U.C.P.D. an Wels, Erfüllten.

Das Urteil des Revolutionärttribunals ist bis zur Stunde noch nicht gefallen. Die Auslandsdelegation der russischen Sozialrevolutionäre stand vor einigen Tagen an Venedig ein Telegramm, wonach nach den jüngsten Nachrichten mindestens zwei Todesurteile als sicher zu erwarten seien, einsilige gegen Gorki und Donskoi.

Die Reform des Scheidungsrechts

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen mittleren Antrag zur Reform des Scheidungs-Paragrafen des Bürgerlichen Gesetzbuches eingereicht. Sie beantragt, den Paragraphen 1512 zu streichen, der folgenden Wortlaut hat:

Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen einem ehemaligen Scheidenden Ehegatten und demjenigen, mit dem dieser geheime Scheidende Scheidung begangen hat, wenn dieser Scheidung in dem Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgestellt ist. — Von dieser Vorschrift kann Befreiung bewilligt werden.

Für den Paragraphen 1568 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

Ein Scheidender kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Verzweiflung des ethischen Verhältnisses besteht, daß keine begründete Hoffnung auf Herstellung der ethischen Gemeinschaft vorhanden ist. Diese Voraussetzung liegt ohne weiteres vor, wenn beide Ehegatten auf Scheidung antragen."

Der Paragraph 1636 soll folgende Fassung erhalten:

„Ist die Ehe aus einem der in den Paragraphen 1568 bis 1636 bestimmten Gründen geschieden, so steht, solange die geschiedenen Ehegatten leben, die Sorge für die Person des Kindes, wenn es Ehegatten allein für schwülzig erklärt ist, dem andern Ehegatten zu. Das Vormundschaftsgericht kann eine abweichende Anordnung treffen, wenn eine solche auf beobachteten Gründen im Interesse des Kindes geboten ist oder eine Vereinbarung der Ehegatten über die Sorge der Person des Kindes getroffen ist. — Es kann die Anordnung aufheben, wenn sie nicht mehr erforderlich ist.

Ende beide Ehegatten oder keiner der Ehegatten für schwülzig erklärt, so entscheidet das Vormundschaftsgericht für jedes Kind, welchem Ehegatten die Sorge für die Person des Kindes zusteht. Dabei sind Vereinbarungen der Ehegatten über die Sorge für die Person des Kindes zu berücksichtigen."

Dr. Grilles Erklärung

In unser gestrigen Nummer brachten wir einen Artikel mit der Überschrift: „In Dresden wurden die Fäden geknüpft“ und legten darin die Gründe dar, die zur Neubesetzung der Stelle des Dresdner Polizeipräsidenten geführt haben. Herr Dr. Grille bezeichnet in einer Zuschrift an den Dresdner Anzeiger unsre Angaben als falsch und sagt in seiner Erklärung unter anderem:

Weiter behauptet die Volkszeitung, ich hätte die wichtigsten und bedeutungsvollsten Berichte über die Zusammenlegung über das Freiberg und die Pläne der Röderorganisation O und anderer Selbstschutzorganisationen meinem vorgelegten Minister vorerhalten. Siegen habe ich folgendes zu erklären: Im März dieses Jahres in dem Polizeipräsidium eine detaillierte Anzeige über die Selbstschutzorgani-

Leben * Wissen * Kunst

Ja seither...!

Doch ein Kriminalamtsmeister einen sah wie den Teufel, weil er beim Begeisterungs-Märsch „Hoch der Kaiser!“ läppen blieb; doch die Schwarmmäuse ihn packte, bis den armen Karl verhökade, dann ein hohes Amtesgericht; Unterm Kaiser war das nicht.

Doch der Landrat den Stanzlöhnen aber schlimmst dennmaliert, weil er bei den Sozialisten eine Zeitung abonniert, daß man ihm dann ausgeschmissen und um die Pension herumkämme wie den Schwammten Schwämmt;

Unterm Kaiser war das nicht.

Deute, was sind das für Seiten —! Sie mal bloß die Söhne; Schuld an allen Scheißleuten ist doch nur die Regel selbst.

Wenn die Stürze unten liegen, wenn die Mädchen Kinder kriegen, wenn ein junges Weib sich kostümirt, wenn sich Freuden in die Hölle macht, gibt es irgendwas Tunzli;

Rat der Stadtkirche hat schuß.

Wie es früher mal gemesse, Siegt du nirgendwo zu lesen, Und der ganze Leben bringt:

„Unterm Kaiser gab's das nicht!“

Theodor Tiefenbacher

Theater am 20. Juli. Opernhaus: Geschlossan. — Schauspielhaus: Geschlossen. — Neuköllner Schauspielhaus: abends und Schloß (7½). — Kaisersaal-Theater: Der Blaue (7½). — Central-Theater: Vorspieltheater (7½).

fationen Oberösterreichs zugegangen. Diese Ergebnisse ist nun mit Einsicht an den zuständigen Reichskommissar für Wirtschaftswesen in Berlin zur weiteren Entschließung und Verfolgung abzugehen werden, da es sich um eine rein rechtsgerichtige Angelegenheit handelt. Da diese Angelegenheit auf gleichgesetztes betonte Selbstschutzorganisationen in Sachsen hinweist, ist von den auf Sachsen bezüglichen Zellen der Angeklagten Absicht entnommen und diese kann Praktizieren nach den üblichen eingehenden Erörterungen vorgelegt werden. Von Plänen der Röderorganisation O enthielt bislang nichts nichthaft. Somit die Söhne des Rathausmärktes nach Sachsen führen, ist im Zusammenwirken mit der Berliner Polizei vom Polizeipräsidium Dresden sofort alles, aber auch alles, zur Verfolgung und Aufsuchung getan werden.

Aus dem Ministerium des Innern wird uns zu dieser Sache noch mitgeteilt, daß Polizeipräsident Grille im März 1922 einen Bericht über die Vernehmung eines wegen Spionage Verdächtigen nicht an den Minister, sondern an den Sicherheitskommissar für das Reich abgegeben hat, dem Minister aber nur ein Bruchstück des Berichts, der sich auf Sachsen bezog, übergeben hat. In dem an den Reichsminister abgegebenen Bericht waren eingehende Mitteilungen über die Selbstschutzorganisation im Reich und deren weitere Umgestaltung im Anschluß an den oberösterreichischen Schuß gemacht worden. Der Minister hat diesen Bericht für so wesentlich gehalten, daß er in der Vorberatung dieses Berichts eine Verlegung der Dienstpflicht gesehen hat. Deshalb erfolgte die Amtsenthebung des Polizeipräsidenten.

Wie wir ferner aus der Befehlsliste des Ministeriums erfahren, ist der Polizeipräsident der irrtigen Ansicht, daß wir ihm eine Begünstigung der Rathausmärkte während der letzten Wochen vorgenommen hätten. Daraus kann jedoch keine Rechtfertigung sein. Was wir als Begünstigung der Organisationen aus deren Mitgliedern sich auch die Organisation O zukehrt, ansehen, ist folgendes:

Säte der Polizeipräsident seinerzeit, als der Minister den Anlauf gegen die Selbstschutzorganisationen aufgenommen hatte, diesen Bericht seinem Minister, wo er als häufiger Beamter verpflichtet war, vorgelegt, so wäre die Regierung zweifellos ganz anders als bisher in der Lage gewesen, Maßregeln gegen diese Organisation zu ergreifen. Dadurch, daß dem Minister diese Dinge vorerhalten wurden, wurden also indirekt ganz klar erstmals die vom Minister befürworteten Organisationen begünstigt.

Herr Dr. Grille bestreitet unsre Angaben als „unechte Verleumdungen“. Als Jurist muß er wissen, daß das heißt, wir hätten die Vorwürfe gegen ihn wider besseres Wissen erhoben. Wir verteidigen uns entschieden gegen diese — milde ausgedrückt — Wahllosigkeit von Anwälten.

Kleine politische Nachrichten

Zu Hilfe, Herr Staatsanwalt.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion Dr. Hertig und dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin, der sich auf die Verteilung der Reichstagsfahrt am Tage der Ermordung Dr. Rathenaus bezieht. Der Vorsitzende der deutchnationalen Reichstagsfraktion beantragte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die unabhängigen und kommunistischen Abgeordneten, die Helfrich mit dem Rufe „Der Wörther muss raus“ aus dem Saal drängten, wegen Versprechens gegen § 105 des Strafgesetzbuches (gemäßigte Entfernung von Mitgliedern aus gesetzlichen Versammlungen des Reichs) und benennt als Zeugen den Abgeordneten Höhlein, Remmle, Dr. Wolf, Rothen, Stöhr und Hobe. Da der Generalstaatsanwalt wegen der Immunität der Abgeordneten die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ablehnte, riefte Dr. Hertig an die Staatsanwaltschaft ausdrückliche Erklärunghen, beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten Abgeordneten eingeholen.

Zugang führt zum Diner

Aus angeblich zuverlässiger Quelle erfährt die Rote Fahne: Der deutsch-nationalen pommerischen Banden in Speck, Herr v. Blücher, lädt Freitag, 5. August, der bekanntlich eine „Rathausfahrt“ beabsichtigt, in Görlitz ein, wobei er den abliegenden Hochwartert per-sonlich in seiner Autobahn anhält.

Es wäre ein ungeheuerer Skandal, wenn Herr v. Blücher dasartige Freiheiten genüge, während dem wegen ihrer Vergangenheit in der Münchner Freiheit Verurteilten, wie Toller, Blümlein, auch nicht die geringste Vergönning gemacht wird.

Der Bund „Neues Österreich“ rückt gegen den Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre in Moskau einen Standpunkt. Der Tag des Protests, den im Namen der Liga der Menschenrechte Provisor

Albert-Theater-Oper (Neustädter Schauspielhaus). Morgen Donnerstag abends wird die Oper: Maurer und Schlosser mit Hans Graf von Neuss Theater Leipzig und Erich Zimmermann vom Landestheater Braunschweig als Gästen gegeben.

Die für die deutsch-spanische Woche veranstaltete Ausstellung der österreichischen Landesbibliothek (Jahres-Salais) ist für jedermann im Laufe dieser Woche von 4 bis 6 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Führung durch die Skulpturenansammlung zum besten des Bezirks Gymnasium für die Stadt Dresden. In der Donnerstag, nachmittags von 8 bis 4 Uhr, stattfindenden Führung in der Skulpturenansammlung wird Herr Direktor Professor Dr. Herrmann über die Kunst im alten Rom sprechen.

Das Glümm der Kostarbeiten in der Südlichen Schauspielbibliothek und die Jakob-Krause-Ausstellung werden fünfzig an jedem Mittwoch, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, geöffnet sein, nicht wie bisher von 11 bis 1 Uhr.

Das Bandesamt für Südböhme Bettolau, Gasse 1 (beim Bahnhof), lädt in den großen Saal alle bis zum Gefüge ein, die eine polizeiliche Reihe nicht unternehmen können. Hier werden sie die Nächste Heimat und das Schaffen des südböhmischen Volkes lernen. Eine angalt Anfänge und Gedichte haben in letzter Zeit die Sammlung bereichert. Einladung ist noch, daß, wie im vorigen Jahr, alle die, die einen Blumenstrauß mitbringen, freien Eintritt erhalten. Dienen doch die Blumen dazu, das Museum zu verschönern. Es ist wochentags von 9 bis 3 Uhr, Mittwoch und Sonnabend auch noch von 4 bis 6 Uhr und Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Bereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Friedrichstadt. Donnerstag den 20. Juli im Volksheim, Zimmer 5: Vortrag über Erziehung zum Sozialismus - Genossen Adam.

Gruppe Freital. Freitag den 21. Juli findet im Geflügel zum kleinen Hof (Jugendheim), Bettolaustraße 84, ein Unterhaltungsabend statt. Viele Reihen Beteiligung erwartet.

Bauderichter in die Oberlausitz (Saulitz, Hodimwald, Gabina, Rottmar, Eichholz). Die Teilnehmer treffen sich Sonnabend den 22. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuppelhalle (Gymnasium), Hodimwald. Dort werden auch noch Versammlungen entsprechend stattfinden.

Salis (Brandenburg). Sonnabend den 22. Juli, abends 7 Uhr, im Geflügel, Saal 2, Versammlung. Besuch von der Jugendkundgebung in Thüringen. — Einzelne Jahre nicht möglich. Prosa auf der Begrüßung, die das einzelne Gespräch einer Quelle bringend zustimmt.

Einstein, Herr v. Gerlach und Graf Reuter an den Börsenbehörden in Berlin übermittelten beiden mit dem Empfehlung, zeitweise gemeinsam mit Tschitscharin mitgeteilten, ist folgender:

Die Unterzeichnaten sind tief ergriffen von den Maßnahmen, unter denen sich der Kriegs der Sozialrevolutionäre vollzieht. Sie fürchten ein unvorhersehbares Unheil und rückerholt deshalb im Namen der Menschlichkeit und der allgemeinen Verschönerung einen dringenden Appell an die Gewaltregierung, um sie zu bitten, sich jedem Maßnahmen zu enthalten, die von der klassifizierten Welt als die Vollstreckung eines Menschenrechts angesehen werden könnte.

Die soziale Arbeiterpartei richtete an sämtliche Mitglieder ihres Parlaments den Vorschlag, auf einer gemeinsamen Zusammenkunft über die Maßnahmen zur Verhinderung des Krieges zu beschließen.

Bereinigte Staaten

Der Senat in Washington lehnte mit 88 gegen 22 Stimmen einen Antrag des Finanzkomitees ab, die **Sechzehn** auf das Fachkoffer auf ein Jahr nach Zustimmung des Kriegsgefecht auszuhören. 14 Republikaner stimmten mit den Demokratis.

In Beantwortung einer Anfrage erläuterte der Staatssekretär Augs: Obgleich die Regierung von Kongress an einer aktiven Beteiligung am Kriegsende gehindert wurde, beschäftigte sie, die bestreitige Politik der indirekten Mitarbeit am Kriegsbund und der Unterstützung des Kriegsbundes weiterzuführen, um die Basis des Friedens zu fördern.

Aus aller Welt

Das Eisenbahngesetz in Rumänien

Bukarest, 18. Juli. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Eisenbahnmantel bei Sinaia höchstens verursacht worden ist, daß die Trude über die Brücke unter der Zeit von zwei Minuten eingefahren ist. Die Brücke war im Jahre 1917 durch die deutsche Armee zerstört und seither nicht repariert worden. Zur Verhinderung weiterer Unfälle wurden Maßnahmen getroffen. Der Eisenbahndienst zwischen Bukarest und Sinaia ist noch nicht wieder hergestellt. Die Expresszüge Bukarest-Wien verkehren über Hermannstadt und Brad.

Entnahme eines Eisenbahnsäubes. Beamte, die den Zug Nr. 266, der sich auf der Brücke von Hermannstadt befand, begleiteten, bemerkten einen Mann, der während der Fahrt sein Eisenbahnsäule plötzlich zu beschwirren beginnt. Sie liegen ihm noch und erstickten ihn dabei, als er einem Radulein, das jetzt schlief, die Säule mit Inhalt rauschte. Nun wurde er gepackt und auf dem Bahnhof Spanien der Kriminalpolizei übergeben. Diese stellte ihn als Büchereirevisor Vitalis Pilzi fest.

Bergarbeitersturm. Bei einer Grubenabsturzexplosion in einem Kohlenbergwerk in Stirling (Südschottland) wurden zwölf Bergleute getötet und fünf verwundet.

Neueste Telegramme

Die Münchner Polizei vor Gericht

Eigene Drahtmeldung
München, 19. Juli. Der ehemalige Polizeipräsident Wöhrl war gestern vor den Oberverwaltungsgerichten geladen worden, ohne daß der einflussreiche Münchner Richter Dr. Hertig es für die Menge mehr gehalten hätte, vor Gericht zu erscheinen. Ein seit 28 Jahren in Südniedersachsen tätiger Beamter, der vom Wöhrl auf Grund eines von Immunitäten und antisemitischen Zusätzen stricken Polizeibeschluß ausgewiesen worden war, stellte Klage gegen Wöhrl. Der Name des Richters entrollte in sehr unruhiger Höhe ein Bild von der Konservativen und dem politischen Beruf der Münchner Polizei, das selbst bei den härtesten Richtern Röckhüte erzeugte. Er wußt noch, daß die Ausweisung auf Grund einer Entfernung abgelehnt und unumstößliche Erlassen erlassen sei. Das Ministerium des Innern nahm Wöhrl selbstverständlich in Schutz. Die Entscheidung wird demnächst bekanntgegeben werden.

Miesbacher Freiheit

Eigene Drahtmeldung
München, 19. Juli. Der Miesbacher Anzeiger zieht das Gejagte zum Schutz der Republik förmlich herausforder zu wollen. Durch einen Artikel, in dem er den Platz am Rathaus als eine edle und wertvolle Tat herstellt, die nur der Miesbacher sich selbst dem Gericht gestellt hätten. Er macht sich lustig über die „zämmliche Wehrhaftigkeit, die Gewalt und die Feigheit“, mit der sich die Reichspolizei verabschiedet, damit es nicht heftig geprägt wäre, wenn Rathaus. Bei einem Autounfall des Genie gehorchen hätte oben einen der Schlag gezeichnet hätte. Die Reaktionen auf dem Münchner Hauptbahnhof bezüglich dieses Blatts neuerdings wieder mit einem „Vuppladen“. Dieser Artikel wird der Wohlstand dafür sein, ob es der bevorstehende Regierung, die bis jetzt auf Grund der Bezeichnung des Reichspräsidenten nur läuft, unbekannte Blätter verbieten will, mit der Durchführung bei Gelegenheit erfasst ist.

Ein Brot in Wien: 2170 Kronen

Wien, 19. Juli. Infolge der vermehrten Geldentwertung ist am Mittwoch den 19. Juli eine Brotpreiserhöhung auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Erhöhung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel, wie Zwiebel, Butter und Mehl, versteuern sich in der gleichen Weise.

Blutige Zusammenstöße in Westvirginien
Santo, 19. Juli. Nach der Chicago Tribune wurden bei Santo zwischen Polizei und Arbeiter in Westvirginien insgesamt 25 Personen getötet und mehr als 40 verletzt.

Der Dollar 480,38

	18. 7.	18. 7.	17. 7.	17. 7.

<tbl_r cells="5"

Das Schutzgesetz angenommen!

Wenn es die Absicht war, die lege, mit viel Arbeitsstoff bepackte Sitzung des Reichstages fachlich ablaufen zu lassen, so wurde dies durch die neueste Verordnung der Deutschen Nationalen verhindert. Bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein einwand man die Redeweise des deutschnationalen Abgeordneten Bazille als eine schwere und gewollte Prüfung der Mehrheit für die republikanischen Schutzgesetze. Als sich dieser württembergische Monarch erdreiste, von der sogenannten Republik zu sprechen, ging ein Sturm der Entrüstung bis weit in die Mitte des Hauses. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Demokraten und auch ein Teil des Zentrums verließen den Saal, weil sie diesem Provokateur nicht länger ein Ohr verpassen wollten. Welches Recht gerade Herr Bazille hat, als antiklerikalischer und nationalistischer Moralprediger im Reichstage aufzutreten, bewies der scharfe Einpruch, den der alte Nehrenbach gegen diese Art parlamentarischer Rede erhob. Nehrenbach sagte:

Was der erste Redner hier geleistet hat, erfordert auch von

meiner Partei eine energische Beurteilung. (Aufführung.)

Die Situation im Deutschen Reich ist so, dass auch die

schärfste Position sich verpflichtet fühlen, in Tönen zu reden,

die sich wenigstens einigemassen mit dem Anstand vereinen.

In den meisten Kreisen hat Verständnis für den Ernst der Situation Platz gegriffen. Wir dachten, die Gesetze zum Schutz der Republik in tugicher Weise erledigen zu können. Aber das, was wir jetzt gehört haben,

dieses Blatt

ist nicht herdgeschlossen im Moment der Ueberzeugung (Stürmische Schreie), es ist präpariert in sorgfältiger Arbeit, um es hier zu verprügeln. Haben Sie (nach rechts) diese Rede ihres Fraktionsschelten angehört? (Muse rechts: Jawohl!) Sind Sie im Stande, diese Rede mit Ihnen Empfindungen auszuweichen? (Muse bei den Roten: Jawohl! Stürmische Pfiffe von den Kommunisten bis zum Zentrum.) Glauben Sie mit diesen Tönen, mit diesem Geist und dieser Hölle eine Meinung in Ihnen zu Parteilager herbeizuführen? Wenn irgendwo schärfe Worte gegen Sie gefallen sind, so waren sie herverzausen durch die Art, wie Sie geredet haben. Ich danke Ihnen, Sie und Ihre Parteienangehörigen nicht und auch nicht darum, wie Sie glauben, drängen Propaganda zu machen. Ich bin aber der Ueberzeugung, dass es noch Leute gibt, die für diese Art des Kampfes kein Verständnis haben, und das es auch Leute unter Ihnen geben wird, die nach dieser Art der Ausführung in Ihren Reihen zu sitzen nicht imstande sind. (Lebhafte Beifall bei den Rechten.)

Auch Stresemann vermauert sich scharf gegen die Herausbildung des Parlaments durch den Sprecher der Deutschen Nationalen Volkspartei. Stresemann hatte schon vorher durch einen Beruf der deutschnationalen Fraktion empfohlen, sich den Vorsitzenden ihrer Partei in Raum einmal vorzunehmen, der erklärt habe, es werde nicht besser, bis Stresemann an einer Lektion baumele. Die Rude Stresemanns war im übrigen ein erneutes, etwas verstärktes Bekenntnis zum Vernunft-Republikanismus. Nicht nur der gewaltsame, sondern auch der verfassungsmäßige Kampf gegen die Republik müsse unterbleiben, so lange Deutschland in dieser traurigen Lage sei. Die Gewissinn werde man deshalb nicht aufgeben. Stresemann konnte mittellen, dass der größte Teil seiner Fraktion für das Gesetz stimmen, ein Teil aber sich der Stimme enthalten werde. Es folgte dann ein langes Wortgefecht zwischen dem Kommunisten Koerfer und dem Unabhängigen Henke, der den Kommunisten sagte, keine Partei habe so viel Zuflüsse gegen die Arbeiterklasse auf sich geladen wie die Kommunisten. Das Gesetz zum Schutz der Republik wurde in namentlicher Abstimmung mit 303 gegen 102 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Die Zweidrittelmeinheit war also vorhanden. Die Vorlage ist endgültig Gesetz. Auch das Amnestiegeseit und das Gesetz über die Befreiung der Beamten zum Schutz der Republik, ferner das Reichspolizeigesetz wurden in dritter Lesung verabschiedet. Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln (75 Millionen Mark) zum Schutz der Republik stand gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten Annahme. Gegen Abend gab es infolge eines geheimsordnungsmäßigen Mithverhandlungs einen lebhaften Zusammenstoß, der vorübergehend die Vertagung des Hauses gefährde. Es ist uns bekanntlich gelungen, den Paragraphen, der die gewaltsame Störung von Versammlungen und Aufzügen unter schwere Strafe stellt, aus dem Gesetz herauszubringen. Das war nur zu erreichen gegen das Zugeständnis, dass die bürgerlichen Parteien einen Antrag zu einer Verschärfung des Strafgesetzbuches mit

diesem Ziel noch auf die heutige Tagesordnung bringen können. Der Antrag sollte dann gegen ihre Stimmen dem Rechtsausschuss überreichen werden. Infolge eines Verschreibens stimmte unsere Partei entgegen der Vereinbarung gegen den Vorschlag, den Antrag noch heute auf die Tagesordnung zu bringen. Die bürgerlichen Parteien erheben heftige Vorwürfe, sie seien von unserer Fraktion hintergangen worden. Bald aber klärte sich das Misverständnis. Der Antrag wurde verhandelt, was selbstverständlich heute oder morgen nicht zu verhindern gewesen wäre. Dabei gab es eine Debatte über das Verbot einer unabhängigen Zeitung in Bremerhaven.

Abg. Rosen (Komm.): Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat der Bremer Senat die unabhängige Bremer Arbeiterzeitung verboten (Brabot) rechts), sich aber bisher geweigert, die Verordnung gegen die Monarchisten anzunehmen. Der neue Paragraph wird auch nur gegen die Arbeiter angewendet werden.

Abg. Dr. Levi (L. Soz.): Um die Durchführung des Gesetzes muss Schritt für Schritt in jeder Stufe noch jahrelang gekämpft werden, bis die Bureaucratie geleert hat, es gegen die anzumachen, gegen die es sich richtet. Der Bremer Fall ist ein Standart für die Republik. Gegen solche Verhöhungen der Regierung kann nur mit Geschick vorgegangen werden. Die Disziplinarmnahmen genügen nicht, um mit solchen terroristischen Lumpen von Beamten fertig zu werden. Wir beantragen, auch einen Antrag von uns, der gesetzgeberische Hilfe schaffen will, mit dieser Verordnung zu verbinden und an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Bremischer Gesandter Dr. Rebelloho vertheidigt die Maßnahmen des bremerischen Senats damit, dass die sozialdemokratische Presse sofort nach dem Erlass des Reichspräsidenten lebhafte Angriffe gegen den Senat gerichtet habe, weil er angeblich die Verordnung sabotiert. Der Bremer Senat hat an dem Gesetz eifrig mitgearbeitet und ihm zugestimmt. Am letzten Freitag hat der Senatsvorsitz nachgewiesen, dass zwei oder drei Vereine aufgestellt seien, doch weitere Untersuchungen im Gange seien, aber noch kein ausreichendes Material geliefert hätten. Die Bremer Arbeiterzeitung hat diesen Bericht des Senatspräsidenten aufs höchste freut und die Unterstellung, es sei mit betrügerischen Verfahren gearbeitet worden, in einer Form gebracht, die eine Verdächtigung des Hauptes der Bremer Bürgerschaft war. (Stürmische Beifall im ganzen Hause.) Ob dieses der Antrag war, die Nummer zu beschuldigen, kann ich nicht sagen.

Abg. Rosen (Komm.): Das Verbot ist an den Haaren herbeigezogen worden.

Abg. Denke (L. Soz.): Der Bürgermeister Bremens hat sich in der Bürgerschaft nicht genug endgültig gegen den Vorwurf verteidigen können, dass der Senat die Verordnung des Reichspräsidenten nicht hinreichend gegen Vereine, wie der Stahlhelm und den Schuh- und Textilbund und gegen Waffenfunde angewendet hat. Der bremische Senat ist reaktionär und betreibt eine reaktionäre Politik.

Bremischer Gesandter Dr. Rebelloho erklärt, dass die Verabsiedlung in Bremen noch jeder Richtung hin geschickt wird. (Sturmbläuse. Abg. Höhlein rast: Rechtsverbrecher! und wird zur Ordnung gerufen.)

Der Gesetzentwurf wird zusammen mit dem Antrag Levi an den Rechtsausschuss verwiesen.

Wir bleiben selbstverständlich Gegner des Gesetzentwurfs und werden im Rechtsausschuss nach dem Wiederaufzutreten des Reichstages versuchen müssen, diesen Antrag, der, wenn er Gesetz wird, eine Gefahr für viele unbedarfene Deutze werden kann, zu Fall zu bringen.

Die oft von Stürmen der Erregung durchzitterte Sitzung sond dann doch noch einen würdigen Abschluss und eine Ehre für einen Mann, der diese wohl verdiente. Abg. Stresemann erhob sich und dankte dem Präsidenten Odde für die vollendete Art seiner Geschäftsführung. Immer sei der Präsident ein Hüter der Würde des Parlaments auch bei stürmischen Aufritten gewesen, immer habe aus seinen Reden die Stimme des ganzen deutschen Volkes geflossen, wenn er in deutschen Sitzungssälen zum Reichstag gesprochen habe. Stehend hörte das Haus diese Auskündigung an den sozialdemokratischen Präsidenten an.

Das Parlament wurde verlegt bis zum 17. Oktober, jedoch hat der Präsident die Ernennung, den Reichstag vorher zu versammeln, falls die politische Lage es notwendig macht.

Der Reichstag nahm am Dienstag das Gesetz über die Befreiung der Beamten zum Schutz der Republik in namentlicher Abstimmung mit 303 gegen 102 Stimmen bei vier Enthaltungen an. Es folgten ebenfalls mit der erforderlichen Zweidrittelmeinheit 132, einer erhielt sich der Stimme.

Gemeinsam wurde das Gesetz über die Errichtung eines Reichskriminalpolizei (Reichskriminalpolizei) mit großer Mehrheit angenommen; beiderseits fand das Amnestiegeseit mit großer Mehrheit Annahme.

über dem gesprochenen Eise schnell vorwärts. Die Spur vor ihm lag so klar da, wie es in der Nacht nur möglich war. Plötzlich hörte sie auf. Im selben Augenblick merkte Sarci, dass die Schneeschuhe schneller zu laufen begannen als er selbst. Er erkannte die Gefahr, konnte aber nicht zurück. Der Abhang war glatt wie Eis. Er versuchte mit den Spuren der Schneeschuhe zu bremsen und stieß den eisbeschlagenen Stab neben sich ins Eis, aber es war zu spät. So ließ er es auf gut Glück gehen, duckte sich auf den Schneeschuhen, als er merkte, dass sie von dem Abhang fortglitten und stieß sie eine Rose durch die Luft. Als er wieder Boden unter sich hatte, stieß er den Stab von neuem in den Schnee, und jetzt glitt er. Er fiel zwar um und rutschte ein Stück seitwärts, aber er hatte die Fahrt doch gehemmt.

Er konnte es nicht lassen, sich umzusehen. Er war ein gutes Stück gefallen und schüttelte bebendlich den Kopf.

Nur gut, dass es so abgegangen war. Rito, der junge Bursche, war im vorigen Winter auf diese Art umgekommen.

Wer wo war der Wolf geblieben? „Der Geschwätz“ war verschwunden.

Sarci stand langsam auf, etwas steif von dem Fall, blieb mühsam unter und stieß ein schallendes Gelächter aus. Direkt vor ihm war eine tiefe Spur im Schnee. Der Wolf hatte zweifellos denselben Weg gemacht! Hier hatte er sich rundherum gewälzt. Sarci sah, wie er ein langes Stück durch den Schnee gerutscht war und dann ein paar mächtige Sprünge zur Seite gemacht hatte.

Sarci spähte über die Schneefläche hin, die sich weit dehnte. Ganz in der Ferne gewahre er wirklich einen schwarzen Punkt, der mit dem nächtlichen Dunkel fast verschmolz. Sarci lachte. Jetzt hatte er den Wolf! Da draußen war der Schnee loser. Kein Wolf der Welt sollte vor Sarci den Berg auf der andern Seite der Schneefläche erreichen. Jetzt hieß es rennen! In aller Eile riss er ein paar Sachen aus der Brusttasche, zog den Rock aus, wickelte ihn um die Sachen und legte das Bündel neben einen großen Stein. Dann zog er die Hosen in die Höhe, fühlte, ob das Messer noch in der Scheide steckte, und doch ein paar Schritte nach, wo er war, aber er konnte sich nicht zurechtfinden. Er lief in der Spur weiter.

„Hut, war das eine Fahrt!“

(Fortsetzung folgt.)

1. Roman aus dem Norden von Ernst Död Ring aus dem Schwedischen übertragen von Else v. Hollander Erstes Kapitel

Es war bitterkalt. Selbst die Schneekühe erschauerte, wie sie in der Felspalte sah und über das Schneemeer hinglänzte. Es fror sie bis in die Augen hinein, und vor Zeit zu Zeit muhte sie sich, um festzustellen, ob sie noch nicht ganz erstarrt waren. Es half nichts, dass sie den Körper unermüdlich zusammenzog und sah die Federn ausplusterte, die Kälte fraß sich doch ein. Sie merkt wohl, wie die Krallen und die Beine unter ihr stell wurden, aber sie wagte sich nicht zu rütteln.

Unten in dem schwarzen Weidengestrüpp auf dem Abhang gerade gegenüber, von dem der Sturm den Schnee weggefegt hatte, lagen die beiden Schneehühner und duckten sich in Angst um ihr Leben, das wußte sie. Das tröstete die Schneekühe gewissermaßen. Es gab für eine Weile so eine Art schöner Wärme im Körper, wenn man davon träumen konnte, dass die Schneehühner tatsächlich einmal auffliegen würden. Dann würde es eine Kleinigkeit sein. Ein paar weiche, leise Flügelschläge bis dort hinunter, und sie könnte sich an dem warmen Fleisch festtun. Sie blähte sich vor Vorbehagen auf ihrem Posten, so dass sie die Kälte vergaß und öffnete den Schnabel in stummer Lust. Sie hatte es zu vereuen. Die Kälte kniff sie in die Zunge, und sie machte den Schnabel schnell wieder zu. Es blieb nichts übrig, als stillsitzen und warten und dort zur Weide hinunterstarren.

Kälter und grüner wurde der Himmel. Die Sterne zitterten. Kein Laut war zu hören. Der große Geiersfledermaus saß totenstill und starr und wartete. Ein Stern fiel.

Da knirschte es plötzlich im Schnee weit unterhalb der Schneekühe, und gleich danach glitt ein Schatten auf dem hertgesetzten Schnee vorbei, sauste um die nächste Bergspalte und verschwand.

Die Schneehühner hatten sich nicht von ihrem Platz gehen lassen. Die Kühe lachte auf ihrem sicheren Platz oben in ihrer Felspalte in sich hinein über die Dummheit des Wolfs. Sie hatte immer diese acmen Kreaturen verachtet, die auf

dem Erdbooden bleibten muhten und einem nicht nahe kommen konnten, sowie man nur die Schwingen hob. Hielte man sich nur an die Felswände, so konnten diese schwerfälligen Klöse nichts machen. Man muhte aber vorsichtig sein, wenn man auf Schneehühner und Lämmer sahnte, und gut umschau halten, sonst konnte so ein Schauspiel über einer kommen, wenn man gerade ein Schneehuhn gepackt hatte, und dann muhte man froh sein, wenn man mit heißen Federn davonkam.

Kratz — klang es wieder von unten her. Was war das nun wieder? War es am Ende doch besser, fortzusitzen? Sie hob leise die Flügel, ganz wenig, während sie die giftigroten Augen nach unten drehte.

Ein zweiter dunkler Schatten glitt dort unten über den Schnee, einer von denen, die auf dem Erdbooden Wohnstätten bauten, aus denen es immer rauchte, und die bisweilen die Eier aus der Felspalten holten. Auch sie konnten gefährlich sein.

Aber dieser da war für sie durchaus nicht gefährlich. Er hatte es zu eilig, um an Schneekühe zu denken. Nun glitt er mit den langen Füßen aus, — nein, er fiel nicht, — er verschwand um dieselbe Bergspitze wie der Wolf und war fort.

Die Schneekühe lachte wieder ganz, ganz leise in sich hinein. Sie verstand. Der mit den langen Füßen war hinter dem andern Schauspiel her. Hoho! lachte sie tief unten im Lager. Soviel Geschwindigkeit um das Futter! Da war es besser, still zu sitzen und zu warten, wenn man auch strotzte. Einen Augenblick überlegte sie, ob sie um die Bergspitze herumfliegen und sich die Jagd ansehen sollte, aber sie wagte es nicht. Sie hatte auf ihre eigenen Angelegenheiten zu achten.

Auf der andern Seite der Bergspitze rannte Sarci weiter hinter dem Wolf her. Ein paar Schritte blieb er stehen, stützte sich auf den Stab und verschwand. Die letzte Stellung hatte die Kräfte sehr mitgenommen. Das Herz klopfte ihm, und der Schweiß tropfte. Er hatte Lust, sich in den Schnee zu werfen und auszuruhen, aber der Gedanke an den Schweiß vor ihm hielt ihn aufrecht. Er beugte sich niederk, nahm eine Handvoll Schnee und stopfte sie in den Mund. Mit einem neuen Schneekumpen zog er sich den Schweiß vom Gesicht und rannte weiter der Spur nach.

Die Schneekühe glitt auf der losen Schneefläche

Die Werbewoche der SPA.

Sächsische Angelegenheiten

Der abgeschlossene Frenzel

Die Deutsche Volkspartei, Wahlkreisverband Sachsen, verfasst eine Erklärung, in der sie sagt, daß das Schreiben, daß Herr Dr. Frenzel verstorben habe, keiner Organisationsstelle der Partei vorher bekannt gewesen sei. Herr Dr. Frenzel habe im Verlauf seines Auftrittes, Gaid für einen Ministerbesuch zu kommen, dieses Schreiben vollkommen selbstständig verfaßt. Dr. Frenzel habe übrigens das Schreiben nicht in 50.000, sondern nur in 30 Exemplaren bestellt, und er sei seit Jahr und Tag nicht mehr Generalsekretär der Partei, mehr in Berlin noch unterwegs.

Es ist eigentlich, daß die Deutsche Volkspartei jetzt alles tun, um diese unangenehmen Zweckabsichten abzuwehren. Sie kann aber nicht ableugnen, daß der Platz von ihr bestimmt war, ein Werbeschreiben abzufeuern. Wenn man jemand mit einer bestimmten Meinung bestellt, muß man sich vorher berücksichtigen, was Gesetz steht der Mann ist.

Beachtenswert ist die Erwähnung, daß der Herr Dr. Frenzel jetzt Jahr und Tag nicht mehr Generalsekretär der Deutschen Volkspartei ist. Daran geht heran, daß er vorher einmal Generalsekretär der Deutschen Volkspartei war. Es wäre ganz interessant, zu erfahren, warum er heute nicht mehr Generalsekretär der Deutschen Volkspartei ist und zugleich noch als Adjutor für die Deutsche Volkspartei verhandelt wird. Die Wahrheit ist eben, daß Herr Dr. Frenzel in seinem Rundschreiben Anstrengungen versteckt, die von einem großen Teil seiner Parteigenossen, die sich ja kaum von den Nationalsozialisten unterscheiden, vollständig gebilligt werden. Nur weil sein Brief so ungemeinliche Aussichten erzeugt hat, rißt man jetzt in der Bevölkerung, die aus dem Brief des Herrn Dr. Frenzel spricht, wirklich so fernstehende, so mühe jenseits Dr. Frenzel auf der Partei entsteht. Aber davon kann jedoch die Tatsache nicht aus der Welt gestrichen werden, daß dieser Brief aufgegangen ist vom Rundschauzeitung 18, S. Seite, also von denselben Blättern, in denen die Wahlkreisvertretungsschule der Deutschen Volkspartei befindet. Wenn es möglich ist, daß unter diesen Umständen ein Rundschreiben zum Zwecke der Sammlung von Geldern für eine Partei verschickt werden kann, ohne daß irgendwelche Parteijahre davon etwas weiß und nach erfolgter Entdeckung jede in großer Form kommende Parteienführung die Verantwortung antritt, so darf ich die Deutsche Volkspartei nicht darüber wundern, wenn in der Bevölkerung der Gedanke eines Spiels mit verschiedenen Rollen entsteht, das seinen höchsten Ausdruck in dem heimischen Vorsitz gefunden hat: „Blauer wird nicht, mein schönes Kind, und grüß mich nicht unter den Linden; doch wenn wir erst zu Hause sind, dann wird ich alles finden!“ – Einiges Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tatsache, daß Herr Dr. Frenzel insofern bereits in einem andern Wahlkreis eine ähnliche Gemeinschaftsarbeit für die Deutsche Volkspartei begonnen habe. All das, ohne daß irgendjemand eine Instanz der Parteidokumentation weißt! – Wenn der Wahlkreisverband Sachsen der Deutschen Volkspartei weiterhin behauptet, daß der Inhalt des Rundschreibens vollkommen im Widerspruch zur politischen Anklamierung und zur partei- sozialistischen Erfolgen des Wahlkreisverbandes steht, so muß darauf hingewiesen werden, daß es in den Schriften verstreuten Hinweisungen dieselben sind, die Herr Dr. Frenzel seit Jahren in der Presse und in zahllosen Parteitagsversammlungen der Deutschen Volkspartei vertreten hat. Er selbst weint ja in dem Schreiben mit großer Selbstgefälligkeit auf seine Verantwortungsfähigkeit für die Volkspartei und auf die Leidenschaften hin, denen er dadurch ausgeführt gewesen sei. Der Wahlkreisverband Sachsen der Deutschen Volkspartei wird nicht behaupten wollen, daß ihm die politischen Anklamierungen und partei- sozialistischen Erfolgen des Wahlkreisverbandes beiwohnen. Dr. Frenzel heute noch Generalsekretär der Deutschen Volkspartei ist aber nicht, ist eine Tatsache, die offenbar vom Wahlkreisverband Sachsen übersehen wird. Für die Leidenschaftlich wichtig ist lediglich die Tatsache, daß er bis in die letzten Tage von der Deutschen Volkspartei als Adjutor in Auftrag genommen worden ist, obgleich alle Verantwortung gegeben war, seine Eignung genauer zu prüfen. Die Deutsche Volkspartei hätte alle Ursache, sich nicht nur von Herrn Dr. Frenzel loszulösen, sondern auch im Übrigen eine starke Prüfung in den Reihen ihrer Parteigenossen vorgenommen.

Dr. Paul Wehner +

Der frühere Präsident des sächsischen Landtages Dr. Paul Wehner ist auf einem Reise in Norwegen gestorben. Wehner, der im Jahre 1886 geboren war, wurde zunächst Rechtsanwalt und wurde sich politisch in der Konserватiven Partei 1890, wurde er zum Vorstand des Ausschusses des Zentralstaatlichen Arbeitskreises im Königreich Sachsen und im selben Jahre zum Mitglied der zweiten sächsischen Kammer gewählt. Von 1890 bis 1898 gehörte er dem Reichstag als Mitglied der SPD an. 1898 übernahm er den Posten des Landtagsausschusses zur Vermittlung der Staatsbürgerschaft im Königreich Sachsen, und von 1899 bis 1900 bekleidete er das Amt eines Abgeordneten der zweiten sächsischen Kammer. Seit dem Jahre 1900 war Dr. Wehner Mitglied der ersten sächsischen Kammer.

Wehner war ein Radikaler und ein treuer Sozialdemokrat, der in seinen Reihen die Sozialdemokratie scharr und propagandistisch erzeugt, er war u. a. einer der eifrigsten Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts.

Befreit durch seine Geschäftlichkeit bei Unterhandlungen erlangte er in Sachsen einen starken politischen Einfluß. Im persönlichen Bereich war er auch gegenüber dem politischen Gegner sehr diplomatisch.

Der Arbeitssenat in Sachsen vom 9. bis 15. Juli 1922. Das Sonderamt für Arbeitsmarktforschung meint: Die Arbeitsmarktforschung hat in der Berichtswoche wesentliche Verbesserungen nicht erfahren. Der Geschäftsführer ergab, daß die Neuverfügungen von Arbeitsstellen teilweise etwas nach Einsame Arbeitsmarktforschung berichten von einem leichten Rückgang der Arbeitssuchenden, ja, nämlich für weibliche Stellen. Der Arbeit am Arbeitsmarkt für die Landwirtschaft ging, normalerweise mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte, weiter.

Wanderzieghäuschen für Sachsen. Bis für Sachsen ist auch für Besiedlungen ab 15. Juli wieder ein Höchstpreis für Wanderziegel festgesetzt worden. Danach kosten bis auf weitere 1000 Thalerziegel ab Werk frei Wagen in der Kreischaupräfektur Leipzig 2400 Gr., in den Kreischaupräfekturen Chemnitz und Zwickau 2700 Gr.

beginnt am 23. Juli

Chrenpflicht eines jeden Parteimitgliedes ist es, sich in altbewährter Hingabe diese Woche zur Verfügung zu stellen. —

Werber von denselben gleich und haben infolgedessen gleichwertige Verpflichtung durch den republikanischen Teil der Bevölkerung zu führen.

Wer hat ein Quartier? Am 5. und 6. August erhält der Centralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, den Besuch von etwa 1500 deutschstämmischen Handlungsbüchern aus Leipzig, Schwerin und Görlitz. Wegen der Unterkunfts möglichkeiten sind die allergrößten Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die Wohnungssuchenden. Es erlaubt sich bestimmt, an die freigewerblich organisierte Bewohnerung Dresdens mit der Bitte heranzutreten, ihm mitzuteilen, wer bereit ist, für die Nachfrage vom 6. zum 8. August den deutschstämmischen Kollegen ein Quartier zur Verfügung zu stellen. Er rechnet hierbei auf die weitgehende Unterstützung der Parteigenossen, um nach Möglichkeit den Besuch nicht der Gefahr auszusetzen, die wahnsinnigen Preise zu zahlen, die zur Zeit von diesen und anderen gewissenlosen Wohnungsmakulern gefordert werden. Um eine Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur freizwerden, bittet der Centralverband der Angestellten höchstlich unter der Adresse Augustenstraße 4 ihm mitzuteilen, und zwar bis zum 22. Juli, wieviel Personen Freiquartiere gemäßt werden kann, unter genauer Bezeichnung des Vors. und Zusammensetzung der Straße und Hausnummer mit Angabe der Etage und des Stockteiles. Da es sich nicht um freigewerblich organisierte Angestellte handelt, bitten wir unsere Parteigenossen, dem Geschäft nach Möglichkeit, sonst sie überhaupt dazu in der Lage sind, Freiquartiere zur Verfügung zu stellen, nachzukommen.

Wer auch im Büdilum besteht, vielleicht noch Unfliehbar, welche Flaggen das Deutsche Reich von Sachsen mögen führen. Es ist deshalb zunächst darauf zu verweisen, daß die sogenannte Nationalflagge einzig und allein die schwäbisch-gothische ist, und zwar nach § 3 der Reichsverfassung. Die Farbenstreifen sind gleichmäßig breit und verlaufen in der Querrichtung von links nach rechts. Die beliebige Flagge hat z. B. auch dieselben Farben, aber in der Anordnung schwarz-goldrot und in der Vierseitigkeit, das heißt von oben nach unten, wie auch die französische blau-weiß-grüne Tricolore von oben nach unten gestreift ist.

Die reine schwäbisch-gothische Flagge hat außerdem die Reichsflagge, deren roter Mittelfeldstreifen breiter ist als der schwäbische und der gelbe und ein Posthorn trägt. Das Reichsministerium trug diesmal ebenfalls den richtigen Flaggenbaum. Die schwäbisch-gothische Flagge der Dienststelle gehört den zu Lande in einem Mittelfeldstück den Reichsabländer auf, die Flagge des Reichsministers ist gleichfalls schwäbisch-gothisch und trägt in der Mitte ein schwarzes Kreuz. Die Standarte des Reichspräsidenten weist quadratische Form auf und zeigt im gelben Feld mit schwarzem rote Umrundung einen schwäbischen Reichsabländer. Die Handelsflagge des Reichs hingegen ist schwäbisch-gothisch geblieben und trägt in den linken oberen Ecken eine sogenannte Gösch, die schwäbisch-gothisch und leider so klein ist, daß man sie kaum gemacht wird. Die unter dem Namen Union Jack bekannte Nationalflagge Großbritanniens hat links oben auch eine Gösch, die aber den vierten Teil der ganzen Flagge einnimmt, während die deutsche Gösch nur den 25. Teil des Flaggenraums beansprucht. Das wird hoffentlich einmal anders. Die schwäbisch-gothische ist gleichfalls schwäbisch-gothisch mit der schwäbisch-gothischen Gösch und einem großen silbernen Kreuz in der Mitte. Schließlich ist die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See ebenfalls schwäbisch-gothisch, hat aber außer dem gelben Mittelfeld, daß einen schwäbischen Abländer mit roten Klauen und Schnabel trägt, keinen Hinweis auf die Farben der Republik. Auch auf den Sinnengetöpferten, Seen und Kanälen wird diese Flagge gezeigt, was in der letzten Zeit, da es nicht bekannt ist, in der Bevölkerung lebhaften Unwillen hervorgerufen hat.

Eine offizielle Flagge, die ganz rein schwäbisch-gothisch ist, gibt es überhaupt nicht mehr und wer eine solche Flagge führt und zeigt, sei es auf einem House, auf einem Ruder- oder Segelboot, einem Automobil, einem Fahrrad, als Abzeichen auf dem Radaufschlag oder als Schleppflagge im Anoploch, will damit anzeigen, daß er ein Kind der Republik ist und bleiben will. Um so mehr haben die Freunde der Deutschen Republik, zu welcher Partei sie sich auch rechnen mögen, die unabsehbare Pflicht, wo immer die Gelegenheit sich bietet, die Farben der Republik zu zeigen.

Sommergrüdfahrarten. Von Sonnabend mittag 18 Uhr werden Sommergrüdfahrarten 3. und 4. Klasse vom Dresden-Hauptbahnhof, Dresden-Wettinerstraße, Dresden-Reuß, Dresden-Strehlen und Dresden-Reuß nach Birken somit von Dresden-Hauptbahnhof, Dresden-Wettinerstraße und Dresden-Reuß nach Zwickau (Sa.) ausgegeben.

5-Mark-Straßenbahnbus in Leipzig. Seit gestern fahren in Leipzig bei der Großen Leipziger Straßenbahn eine Sicht bis 9 Uhr abends 5 M., von 9 bis 12 Uhr nachts 5,50 M. und nach 12 Uhr nachts 10 M., mit Umsteigen 6, 6,50 und 12 M.

Abfahrt am 20. August. Das vorgezogene wegen des Regenwetters verschobene Abfahren ist auf den 20. August verschoben worden. Die bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit, und zwar ohne jede Nachzahlung, obgleich die Eintrittspreise für das am 20. August stattfindende Rennen erhöht werden müssen.

Großherzoglich-sächsische Eisenbahnen. Engellag waren der 25-jährige Eisenbahndienstbeamte Emil Martin Strommer und der 29-jährige Eisenbahndienstbeamte Franz Schurig. Nach der Anklage hat Dr. Dr. in der Zeit von August 1921 bis März 1922 in 12 Fällen auf dem Güterbahnhof des Reichsbahnhofs aus Frontlinien alle möglichen Gegenstände, wie Zigaretten, Wein, Schokolade, Kleidungsstücke, Schuhe, Tasche usw. geholt. Schurig ist beschuldigt, daß er als Soldatenführer auf dem Reichsbahnhof Güterbahnen eine Stütze geöffnet und daraus einen Posten Schokolade gestohlen hat. Das Gericht verurteilte Strommer zu 10 und Schurig zu 4 Monaten Gefängnis.

Post- und Telegraphenamt. Die 8-jährige Arbeiterin Rosa Eva Lorenz ist schon tot wegen Eigentumsvergehen, darunter jedoch wegen Plünderungsschäden, bestellt. Gest am 14. Juli wurde sie wegen mehrfacher Diebstähle zu 2 Jahren Zuchthaus vom Polizei-gericht verurteilt. Am 11. Juni nahm sie ein Arbeiter mit in seine Wohnung. Während er schlief, rückte die als Beisitzerin bei sich aufstellte. Sie hatte ihnen lange Zeit eine Reihe Kleidungsstücke, wie Zigaretten, Wein, Schokolade, Kleidungsstücke, Schuhe, Tasche usw. geholt. Schurig ist beschuldigt, daß er als Soldatenführer auf dem Reichsbahnhof Güterbahnen eine Stütze geöffnet und daraus einen Posten Schokolade gestohlen hat. Das Gericht verurteilte Strommer zu 10 und Schurig zu 4 Monaten Gefängnis.

Post- und Telegraphenamt. Eine 18-jährige Arbeiterin Rosa Eva Lorenz ist schon tot wegen Eigentumsvergehen, darunter jedoch wegen Plünderungsschäden, bestellt. Gest am 14. Juli wurde sie wegen mehrfacher Diebstähle zu 2 Jahren Zuchthaus vom Polizei-gericht verurteilt. Am 11. Juni nahm sie ein Arbeiter mit in seine Wohnung. Während er schlief, rückte die als Beisitzerin bei sich aufstellte. Sie hatte ihnen lange Zeit eine Reihe Kleidungsstücke, wie Zigaretten, Wein, Schokolade, Kleidungsstücke, Schuhe, Tasche usw. geholt. Schurig ist beschuldigt, daß er als Soldatenführer auf dem Reichsbahnhof Güterbahnen eine Stütze geöffnet und daraus einen Posten Schokolade gestohlen hat. Das Gericht verurteilte Strommer zu 10 und Schurig zu 4 Monaten Gefängnis.

Post- und Telegraphenamt. Am Dienstag abend sollte eine 18 Jahre alte Arbeiterin, die erst vorige Saison die Schule verlassen hatte, in der elterlichen Wohnung in der Oststraße entsezt aufgefunden. Sie hatte infolge von Säuflingensterben ihr Leben durch Säkstinen von Gedächtnis freiwillig abgeschlossen.

Reichenlandung. Am Dienstag früh wurde am Altbäder Ufer zwischen der Friedens-August-Brücke und der Marienbrücke die hier in der Elsterstraße 84 zu Besuch anreisende 40 Jahre alte Anna Götz aus Wittenau bei Brauberg, die beim Baden ertrunken war, aus der Elbe geborgen.

Arbeiterkriegsfall. Am Dienstag nachmittag verunglückte er in der Grünen Straße mühelos, 30 Jahre alter Arbeiter, daß er im Industriehof Leipzig-Ercsheide 8 eine schwere Spanplatte ihm auf den Unterleib stieß und ihn so empfindlich verletzte, daß er nach dem Krankenhaus Friedrichstadt befördert werden mußte.

Zwischenfall auf der Karl-Paeschke-Straße. Am Dienstag abend sollte eine 18-jährige Frau, die Zeit in der Wohnung der Kaufmannsfamilie aus Altenburg verbracht, bestellt. Sie hatte verjagt, die Frau verlor und zu betrunken. Als sie dann zur Wohnung zurückkehrte, war sie der Nebenwohnung, die der Münster bereit aufgestellt hatte, auf dem Balkon eingedrungen. Der Münster befand es schließlich mit der Anglage gegen die Frau, die Frau verließ die Wohnung und kehrte in die Wohnung zurück. Die Münster befand es schließlich mit der Anglage gegen die Frau, die Frau verließ die Wohnung und kehrte in die Wohnung zurück. Die Münster befand es schließlich mit der Anglage gegen die Frau, die Frau verließ die Wohnung und kehrte in die Wohnung zurück.

Aus durch vor seiner Verhaftung erstickt sich gestern vorzeitig in einem am Königsberg gelegenen Hotel ein stellvertretender verfolgter 21 Jahre alter junger Mann vor den Augen eines Kriminalbeamten, der ihn verhaftet wollte.

Gewarnt wird vor einem angeblichen Raubmord und einem ehemaligen Offizier Stude, der durch Zeitungsinfektat sich an einem aus rezipierten Gewerbe aus über vergleichenden Unternehmen zu beschuldigen wünscht und von den für meidenden Interessenten Gelder zu erfordern sucht. In dem einen Falle darf er 58 000 M. erlangt. Der Gauner hielt sich bis jetzt in der Hauptstadt Mitteldeutschland auf. Briefe ließ er sich vorliegend nach Elmenau, Bad Eibingen, Brandenburg, Bremen, Bawern, Gotha, Wandsburg und Salzberghaus schicken. Er wird wie folgt beschrieben: Aufspann der 90er Jahre, 170 Zentimeter groß, rundes Gesicht, frisches Aussehen, Haare graumeliert, oben dünn, trug zu leicht grauhaarig gefärbte Hosen, Jacke aus Ledercoat, im Winter Ölvertropfen mit Gürtel und dunkelblauem Pelz. Da nicht anzuschließen ist, daß der Gauner auch Dresden einen Besuch abhatte, so warnt die Kriminalpolizei vor ihm und bittet, gegebenenfalls keine Festnahme zu veranlassen.

Gewarnt gewarnt wird vor der vor einigen Tagen im Polizeibericht bekanntgegebenen diebstädtischen Person, die auf erlauftene Zeitungsinfektat bei Dienststellen Stellung nimmt und bei passender Gelegenheit unter Mitnahme von Gold- und Silbersachen und Kleidungsstücken verschwindet. Die unbekannte, die sich die Namen Gustav Lange, Gerrit Hellmann, Gustav Höfmann und Gustav Helbig belegt, ist etwa 18 Jahre alt, 180 bis 185 Zentimeter groß, mit vollem Gesicht und blondem Haar.

Großartiges Kreisfester, Ortsgruppe Dresden, Donnerstag, abends 7½ Uhr, in den Kämmereien, vorbereites Bereitschaftszimmer, Reichsabgeordnetenversammlung. Tagessordnung: Beitragsfrage, Wahlen zur Reichsversammlung. Berichte. Schätzliches Geschehen ist unabhängig wichtig.

Dresdner Umgebung

Schäßla. Am Sonntag fand in der Gemeinde Göltzscha eine Volksabstimmung darüber statt, ob die Gemeinde zu Cossebaude umgesiedelt werden soll oder nicht. Als eine Vereinigung erklärten sich nur 45 Einwohner, während gegen eine Vereinigung 880 stimmten. Die von der Gemeinde Cossebaude gewünschte Vereinigung wird also nicht verwirklicht werden.

Schmieberg. Schulabschaffung. Vom Vorherigen wird mitgeteilt, daß sich aus der Behörde nichts als Schriftsteller erboten hat, es soll nun berichtet werden, aus anderen Kreisen einen solchen zu finden. Für ein Kind soll schreiben werden 2 M. Entschädigung festgelegt. Weiter räumt man Gewissensisse einer Eingabe des Lehrercollegiums an den Schulbezirksamtsamt. Danach fallen, um dem Mangel an Schuljüngern und dem damit verbundenen Nebenkost, daß die Kinder abends bis um 7 Uhr in der Schule sein müssen, abzuhelfen, einige häusliche Veränderungen vorgenommen werden. Unter anderem soll auch die Zulie durch Einrichten einer Eingangswand in zwei Klassenzimmer umgemauert werden. — Die Ferien beginnen am 28. Juli und dauern bis 19. August. — In Stelle von Bau- und Steuerungsbaudienstlich wird nur ein geschäftsführender Ausdruck von vier Mitgliedern und kein Sonderschein gewährt: die Herren Lechner, Wildner, Willi Müller, sowie Gustav Kunze und Genossen Groß. — Vom Lehrercollegium angekündigt und als Schulleiter einstimmig wiedergemäßt: wird Herr Stobben.

Schmieberg. Das es auch in unserem Case reaktionäre Elemente gibt, die den Nord Rathaus guthaben, zeigt folgender Gangzug recht deutlich: an der Gemeindeschule war der Steffens mit den Bürgern der Märkte fest angehaftet. In der folgenden Nacht wurden die Bürger mit der unteren Hälfte des Platzes abgerissen. Die Arbeiterschaft hat alle Bezeichnung, auch hier die Augen offen zu halten.

Mippens. Schulabschaffung. Die Stimmzahl des Schulleiters hat bis 15. Juli stattgefunden. Da zwei Vorfrüchte erfolgten, wurde die Wahl durch Stimmgabt neuveröffentlicht machen. Es entfielen 8 Stimmen auf Herrn Lechner und 7 Stimmen auf Herrn Lechner Oberreicht. Der Herr Vorfrüher konnte beim nächsten Schulleiter für seine unparteiische treue Amtsführung. Bei der Sternmarsch am 15. Juli geben von 163 Wahlberechtigten 119 Wähler ihre Stimme ab. Es entfielen 68 Stimmen auf die unpolitische Liste, die politische Unterkunft, 58 Stimmen auf die Liste für den weltlichen Unterricht. Gewählt sind somit von jeder Seite drei Vertreter.

Aus dem Bortelleben

Kinderbeschaffungskommission Groß-Dresden. Die für Donnerstag geplante Volksversammlung muß wegen des anhaltenden unzähligen Wetters ausfallen. Die verantwortlichen Karlen behalten für nächste Woche ihre Gültigkeit.

4. Unterbezirk

Gruppe Pieschen. Abend 8 Uhr, abends 11 Uhr, Mitgliederversammlung im großen Saale des Volkhause. Bericht von der Kinderbeschaffung; Aussprache über die Werbewoche. Alle Funktionäre und Betriebsvertrauensleute sind herzlich eingeladen. Das Ereignis aller Genossen und Genossinnen ist trotzdem offiziell. — Sonntag den 28. Juli, vormittags 8½, Uhr, Jungblattausdragen. Pünktliches Eröffnen ist notwendig.

Siedlerlicher sind erschienen und zum Preise von 1,50 M. bei den einzelnen Gruppenstiftern abzuholen.

Gruppe 7. Wir machen hierdurch nochmals unsre Genossinnen und Genossen darum, daß am kommenden Sonntag unser Aufzug nach der Hofapotheke stattfindet und bitten um recht zeitige Beteiligung. Treffen mittags 1 Uhr am Gruppenstift.

5. Unterbezirk

Freitag, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im großen Saale des Volkhause. Bericht von der Kinderbeschaffung; Aussprache über die Werbewoche. Alle Funktionäre und Betriebsvertrauensleute sind herzlich eingeladen. Das Ereignis aller Genossen und Genossinnen ist trotzdem offiziell. — Sonntag den 28. Juli, vormittags 8½, Uhr, Jungblattausdragen. Pünktliches Eröffnen ist notwendig.

Siedlerlicher sind erschienen und zum Preise von 1,50 M. bei den einzelnen Gruppenstiftern abzuholen.

Gruppe 7. Wir machen hierdurch nochmals unsre Genossinnen und Genossen darum, daß am kommenden Sonntag unser Aufzug nach der Hofapotheke stattfindet und bitten um recht zeitige Beteiligung. Treffen mittags 1 Uhr am Gruppenstift.

Freitag, Freitag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Borsigstraße 10, im Restaurant Borsigstraße, wichtige Versammlung. Eröffnung aller dringend erwartet.

Tostitz. Freitag, abends 7½ Uhr, im Sachsenhof Ritterstrasse 10, Mitgliederversammlung. Wichtige Besprechung. Eröffnen.

Briesnitz-Genthin. Freitag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Borsigstraße 10, im Restaurant Borsigstraße, wichtige Versammlung. Eröffnung aller dringend erwartet.

Gruppe Weißtrapp. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gasthof Borsigstraße Mitgliederversammlung. Wichtige Tagessitzung. 1. Bericht der Kreisversammlung. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Diskussion über wichtige Tagessitzungen. Hiermit eingeladen und gebeten, möglichst zu erscheinen.

Die Wiederherstellung der Einkommensteuer

Der Bausenatschuss des Reichstags erledigte am Donnerstag die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Im Anschluß an der ersten Lesung wurde beschlossen, den Text bleibt in der bekannten Fassung bei seiter Sitzung bis auf 100 000 M. erhöht wird. Bis zu diesem Zeitpunkten sind 10 Pro-

zent Übaga von der Einkommensteuer zu leisten; die Steigerung geht bis zu 60 Prozent bei einem Einkommen über 20 Millionen Mark.

Dem § 13 wird folgende Bestimmung angefügt: „Bei der Besteuerung sind: Spartenlagen, die der Steuerpflichtige für sich aber einer seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltungen, angehörigen bei einer öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparten oder bei einer eingetragenen Gesellschaft unter Sparten der Kapitalrückzahlung auf den Tod, oder Erbbaufall eingezahlt hat, soweit der Betrag 8000 M. jährlich nicht übersteigt.“

Der § 26, der die zulässigen Abzüge von der Einkommen-

steuer festlegt, erhält folgende Fassung: „Die nach §§ 21 bis 25 besteuerte Einkommensteuer erhält § 26:

a) um je 180 M. für den Steuerpflichtigen und für seine nicht selbständig zur veranlagten Eltern, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 100 000 M. beträgt,

b) um je 260 M. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen gehörende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagt ist, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 300 000 M. beträgt. Die Erhöhung wird auch auf solche Kinder gewährt, die Arbeitsentlohnungen, sofern sie das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

c) um 2000 M. für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwachsenfähig aber nicht vorübergehend bei Arbeit sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 50 000 M. nicht übersteigt und sich hauptsächlich aus Kapitalerlösen und Bezügen aus Renten, Wartegeldern usw. zusammensetzt, aber hauptsächlich aus einem dieser Einkommen besteht.“

Die Berufungskosten wurden auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei auf 1000 M. erhöht. Eine Erhöhung dieses Betrages ist zulässig, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die auf die zulässigen Abzüge den Betrag von 1000 M. um mindestens 1200 M. übersteigen. — Ein Antrag der Deutschen Nationalen, der den der Deutschen Volkspartei und den Demokraten unterstellt wurde, den Arbeitnehmern für den ihnen gestützten Wohnraum eine Entschädigung von 5 bzw. 2 Prozent zu gewähren, wurde abgelehnt.

Der Antrag empfahl der Reichsregierung dann noch, das

zum Wiederaufzuricht des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Lohnsteuer von der Einkommensteuer losläßt und die Schaffung eines in sich abgeschlossenen Lohnsteuergesetzes vor sieht. Das Gesetz soll ermöglichen, den Steuerabzug vom Gehalt der jeweiligen Gehaltsentwicklung anzupassen, ohne daß bei einer solchen Veränderung des Kapitaleinkommens eine Gegensteuerung notwendig wird.

Gewerkschaftsbewegung

Die Sonntagsruhe im Bädergewerbe

In Nr. 118 unserer Zeitung vom Dienstag den 16. Mai 1922 brachten wir an dieser Stelle einen Artikel: „Die Lage im Bädergewerbe“. Darin hieß es: „In den nachfolgend aufgeführten Betrieben wurden in den letzten Tagen Überstunden durch Nachts- und Sonntagsarbeit festgestellt: pp. Fäderer & Körner in Cossebaude, Laufstraße 2. Die Bäderorganisation will für die Zukunft alle beruflichen Überstunden der Bädermeister gegen die gänglich ungünstigende Entlohnung, die von allen anbetretenden Berufen seit 1. Juli bereits bestehend überholt ist. Mit der gegenwärtigen Entlohnung muß in dieser Woche Widerstand eintreten. Die Gewerkschaften beschließen heute den Streik und beauftragen die Betriebsleitung mit der Führung desselben. Sobald die Streikleitung die Stunde für geforderten Mittwoch bestimmt, wird die Bäderorganisation die Arbeit sofort geschlossen nebstgelegen. Der bereits im laufenden Bädergewerbe im Flecke sprechen die Gewerkschaften mit dem Arbeitgeber zusammen und verneigen, ging die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation aufzunehmen.“

Die am 18. Juli im großen Saal des Volkhause tagende überfällige Versammlung der in Bäderbetrieben, Bäderfabriken und Bäderhöfen tätigen Kollegenschaften nach dem Kenntnis von dem bisherigen Bewußten der Bäderkommission und der Oberverwaltung. Die Bädermeister billigen einstimmig das Vorhaben der Bädermeister und erheben schriftlich Protest gegen die gänglich ungünstige Entlohnung, die von allen anbetretenden Berufen seit 1. Juli bereits bestehend überholt ist. Mit der gegenwärtigen Entlohnung muß in dieser Woche Widerstand eintreten. Die Gewerkschaften beschließen heute den Streik und beauftragen die Betriebsleitung mit der Führung desselben. Sobald die Streikleitung die Stunde für geforderten Mittwoch bestimmt, wird die Bäderorganisation die Arbeit sofort geschlossen nebstgelegen. Der bereits im laufenden Bädergewerbe im Flecke sprechen die Gewerkschaften mit dem Arbeitgeber zusammen und verneigen, ging die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation aufzunehmen.“

Gewerkschaftsgeschichte

Eine Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften hat Genosse Karl Swings, der Verfasser der vor Jahresfrist bei Diez in Stuttgart erschienenen und sehr freundlich aufgenommenen Gewerkschaftlichen Probleme im Verlage der Volksbuchhandlung Jena jedoch veröffentlicht (171 Seiten, mit Bildern von Bonn, Wetzlar und Deggendorf, Preis 35 M.). Es ist eine für alle gewerkschaftlich und politisch Organisierten, nicht nur für die Funktionäre leicht lesbare Schrift.

Eine Geschichte der heutigen Gewerkschaftsbewegung bis auf die heutige Zeit besitzen wir noch nicht. Dagegen noch zum Beispiel in August Pringsmanns Geschichte der Bäderbewegung und vor allen Dingen im ersten Bande der Geschichte des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder von Hermann Müller die ältere Zeit eingehend, ausführlich und gründend behandelt. Diese Gewerkschaftsgeschichten will und kann Swings Buch nicht verbieten; es befindet sich bestellt mit der Periode der ersten Anfänge und der Zeit bis 1800 nur kurz und mit dem Zeitraum bis 1914, den Jahren des gewaltigen Aufstiegs der Gewerkschaften, seine Hauptaufmerksamkeit auf die Gewerkschaften im Flecke zwischen die Versammlungen mit der Führung bestehen. Sobald die Streikleitung die Stunde für geforderten Mittwoch bestimmt, wird die Bädermeister und die Bäderhöfen im Flecke zusammen und verneigen, ging die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation aufzunehmen.“

Der oben erwähnte Artikel läßt bestätigt, daß Herr Fäderer & Körner für seinen Betrieb bestellt worden war, weil er am 1. Mai, einem nunmehrigen Feiertag, einige zum Studium seines Betriebes gehabte und ohne Entschädigung von Schülern gehabt hatte. Wie nicht anders zu erwarten, ist Herr Fäderer in der Schöffengerichtsverhandlung vom 21. Juni d. J. zu einer Strafe von 7 St. P. 188/29 festgesetzt worden. Er hatte sich auch tatsächlich in keiner Weise gegen das Gesetz vergangen, da dieses ausdrücklich Arbeitnehmer, die vom Unternehmer selbst in seiner Betriebsstätte verrichtet werden, auch an Feiertagen gelassen. Zum „Verkauf“ seines Stükens an seine Gäste war Herr Fäderer bestellt, daß seine Arbeitnehmer ebenfalls ausdrücklich ohne Entschädigung bestellt werden, was er nicht getan hat. Er hatte nichts anderes getan, als wenn ein Gastwirt für einen Sonntag, gärt ein Stükett bereit. Auch vollständiglich war das Verhalten des Herrn Fäderer vollkommen gerechtfertigt: es wäre gesetzeswidrig gewesen, wenn er am 29. Mai, an welchem unrichtigem Wetter herzige, auf Teufel komm' raus Kunden gegeben hätte, der ihm in schlechtem Weiser an den folgenden beiden Sonntagen mit Sicherheit liegen größliche wäre. Schade ist es aber, wenn heutzutage auch nur ein Gramm Fleisch ein Stükett bereit steht.

Hierin wird dem Verfasser jeder Verständige selbstverständlich Zustimmung; nur finden wir, daß das auch diese Stellungnahme mehr als einheitlich vieler Gewerkschaften nicht einzige ist, sondern die politischen Parteien zu scheiden sucht. So heißt es Seite 1084:

„Die neuere Zeit ist von Sozialisierungstheoren erfüllt. Mehr und mehr betreuen sich die Arbeitnehmer von der Illusion, als könne mit politischem Einfluß und politischen Parteien sozialisiert werden.“

Unser Verfasser bestätigt dies, die Arbeitnehmer von der Illusion, als könne mit politischem Einfluß und politischen Parteien sozialisiert werden. Innerhalb der Gewerkschaften ist dies nicht einheitlich, vielmehr die Gewerkschaften und ihrer jeweiligen Stellung im gesellschaftlichen Gesamtentwicklungsprozeß bestimmt, daß die Gewerkschaften heute nicht mehr nur die Vereinigungen zur Verbesserung der Lohns- und Arbeitsbedingungen sind, sondern daß sie einen stark bewußten Einfluß auf das Gewerkeleben ausüben und sich zu gesellschaftlichen Einheiten im ermäßigten Entwicklungsprozess herausgebildet haben.“

Hierin wird dem Verfasser jeder Verständige selbstverständlich Zustimmung; nur finden wir, daß das auch diese Stellungnahme mehr als einheitlich vieler Gewerkschaften nicht einzige ist, sondern die politischen Parteien zu scheiden sucht. So heißt es Seite 1084:

„Die neuere Zeit ist von Sozialisierungstheoren erfüllt. Mehr und mehr betreuen sich die Arbeitnehmer von der Illusion, als könne mit politischem Einfluß und politischen Parteien sozialisiert werden.“

Die Bädermeister und Bäderhöfen. Der Bädermeisterverband der Obersächsischen Bädermeister. Der Bädermeisterverband der Obersächsischen Bädermeister und Bäderhöfen am Ende des 2. Weltkrieges: 5900 männliche und 6750 weibliche, zusammen 12 000 Mitglieder. Gegenüber dem 1. Weltkrieg bei einer Mitgliedsanzahl beträchtlich gestiegen. Zusätzlich dazu wurde der Bädermeisterverband war zu erweitern, doch die Gewerkschaften bestanden im Rahmen des Bädermeisterverbands bestehen. Das 2. Weltkrieg hat die Bädermeister und Bäderhöfen in der Bädermeisterverband bestehen.

Die Bädermeister und Bäderhöfen bestehen im Rahmen des Bädermeisterverbands bestehen. Das 2. Weltkrieg hat die Bädermeister und Bäderhöfen in der Bädermeisterverband bestehen.

Die Bädermeister und Bäderhöfen bestehen im Rahmen des Bädermeisterverbands bestehen.

Die Bädermeister und Bäderhöfen bestehen im Rahmen des Bädermeisterverbands bestehen.

Die Bädermeister und Bäderhöfen bestehen im Rahmen des Bädermeisterverbands bestehen.

Die Bädermeister und Bäderhöfen bestehen im Rahmen

